

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenz-

friedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40
97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Inge Adriansen

Reflexionen über den Kampf um Friedrichstadt 1850.....3

Gerret Liebing Schlaber

Die Eidergrenze im 19. Jahrhundert -

Deutsch-dänische Grenzverhandlungen 185118

Lothar Hay

Oeversee - Gedenken als lebendige Traditionspflege.....34

Henrik Skov Kristensen

Das Schicksal der dänischen Grenzgendarmen

in deutschen Konzentrationslagern 1944/45.....39

Karl-Hermann Rathje / Jörn-Peter Leppien

„Erinnerung braucht Orte“

Das Mahnmal am Grenzübergang Harrislee/Padborg.....55

Gerhard Beier

Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande....64

Umschau ab Seite 74

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6, 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22,
24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail:
cicero-mc@t-online.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Reflexionen über den Kampf um Friedrichstadt 1850

von INGE ADRIANSEN

*Zur Erinnerung an die Besetzung Friedrichstadts durch dänische Truppen sowie die Belagerung und Bombardierung der Stadt durch die Schleswig-Holsteinische Armee im Jahre 1850 hat die Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte ein bemerkenswertes Buch vorgelegt. * Zu den Verfassern gehört neben Gerd Stolz und Karl Michelson auch die dänische Museumsinspektorin Dr. Inge Adriansen (Museet på Sønderborg Slot). Adriansen übernimmt dabei nicht die herkömmliche Rolle, „der“ deutschen Sicht der nationalen Auseinandersetzungen „die“ dänische Sicht entgegen zu setzen. Sie macht vielmehr den Versuch, aus dem Beispiel des Kampfes um Friedrichstadt allgemeine Erkenntnisse „über Wesen und Wirkung des Krieges“ zu ziehen.*

Diese pädagogisch orientierte Geschichtsbetrachtung zielt auf friedensorientiertes Handeln in Gegenwart und Zukunft. Adriansens Thesen verdienen es daher, in den Grenzfriedensheften einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert und so zur Diskussion gestellt zu werden.

Die Redaktion

Der Kampf, um Friedrichstadt gibt Anlass zu einigen Gedanken über Wesen und Wirkung des Krieges, die nicht nur für die Belagerung und Bombardierung der westschleswigschen Stadt im Oktober 1850 gelten, sondern auch eine gewisse Gültigkeit für spätere Kriege haben können.

1. Der Beschluß zu militärischen Aktionen geschieht oft aus politischen Überlegungen ohne strategische Rücksichten

Nach der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850 zog sich das

schleswig-holsteinische Heer nach Holstein zurück, und das dänische Heer konnte in das südliche Schleswig vorrücken. Das dänische Oberkommando befahl am 5. August, dass eine Reihe befestigter Stellungen im südwestlichen Schleswig eingenommen werden sollte. Unter der Leitung von Oberstleutnant Hans Helgesen wurde also Friedrichstadt am 7. August nach nur einer Stunde Kampf von dänischen Truppen eingenommen. Helgesen ließ die dänischen Pioniereinheiten sofort Verteidigungslinien quer über die drei östlichen Einfallsstraßen zur Stadt anlegen, also von dem Eiderdeich, dem Treenedeich und der Rendsburger Chaussee. Gegen Westen, von wo ein Angriff weniger wahrscheinlich war, wurde eine Schanze rund um eine abgebrannte Mühle angelegt, und dabei benutzte das dänische Militär zu großen Teilen die von den Schleswig-Holsteinern angelegten Verschanzungen. Friedrichstadt lag am westlichen Flügel der Danewerk-Stellung, aber das dänische Oberkommando rechnete nicht mit einem Angriff an dieser Stelle, und die Truppenstärke war deshalb verhältnismäßig bescheiden; sie bestand bis zum 1. Oktober 1850 aus 7 Kompanien.

Im September 1850 wurde die schleswig-holsteinische Regierung ungeduldig. Am Kriegsschauplatz rührte sich nichts, aber die Regierung brauchte unbedingt einen soliden Sieg, bevor die Großmächte eingreifen und den Krieg beenden würden. Der Oberkommandierende der schleswig-holsteinischen Streitkräfte, der frühere preußische General v. Willisen, musste weitreichende Rücksichten nehmen auf die Wünsche der Regierung, die sich in die Kriegführung einmischte. Am 12. September 1850 ließ er deshalb die dänische Stellung bei Missunde angreifen. Sein Plan sah vor, dass die schleswig-holsteinischen Truppen, wenn der Angriff glückte, nach Flensburg vorrücken sollten und die dänischen Truppen sich in diesem Fall sofort von der Danewerk-Stellung zurückziehen müssten. Aber der Kampf endete mit bedeutenden Verlusten auf beiden Seiten und konnte keinesfalls als Sieg für Schleswig-Holstein angesehen werden.

Der missglückte Angriff auf Missunde machte die schleswig-

holsteinische Regierung noch ungeduldiger. Am 20. September 1850 verlangte sie, dass Willisen seine Angriffspläne darlegen sollte. Gleichzeitig wurde er aufgefordert, die dänischen Truppen viel stärker zu attackieren als bisher. Als Willisen diese nachdrückliche Aufforderung erhalten hatte, rief er seine höchsten Offiziere zu einem Kriegsrat zusammen. Zwar überlegten sie die Möglichkeit eines Sturmes auf Friedrichstadt, beurteilten diese Aktion aber als zu risikoreich. Willisen stimmte dieser Beurteilung zu', entgegen seiner eignen Überzeugung teilte er jedoch seiner Regierung mit, dass er ihrer Aufforderung folgen werde, und das Ziel sei Friedrichstadt. Dieser Angriff wurde am 28. September 1850 begonnen. Auch auf der dänischen Seite gab es Politiker, die sich in die Kriegführung einmischten. Kriegsminister Hansen war unzufrieden mit dem, was er als „die Untätigkeit des Heeres“ bezeichnete, und er argumentierte sehr heftig im Staatsrat, dem dänischen Oberkommando zu erlauben, die Eider zu überqueren und in Holstein einzurücken, wenn es aus militärischen Gründen notwendig werden sollte. Ein entsprechender Staatsratsbeschluss wurde dem dänischen Oberkommando übersandt mit dem Zusatz des Kriegsministers, dass man eine Expedition nach Heiligenhafen in Holstein vornehmen sollte. Das Oberkommando überhörte jedoch die Anweisung des Kriegsministers, in Holstein einzudringen. Beide Heere standen somit unter dem Druck ihrer Politiker, die sich Angriffe und Siege wünschten.

2. Militärische Überlegenheit ist durchaus nicht entscheidend

Am 28. September 1850 zogen die schleswig-holsteinischen Truppen gegen Friedrichstadt und begannen schon am nächsten Tag mit dem Bombardement. Helgesen forderte sofort vom dänischen Oberkommando Verstärkung an, und am 1. Oktober trafen noch 6 Kompanien ein, um die vorhandenen 6 zu unterstützen. Die Stellung war nun folgendermaßen²: Die schleswig-holsteinischen Truppen in Stapelholm und südlich der Eider bestanden aus 9000 Mann und waren mit 50 Geschützen und 4 Kanonenbooten ausgerüstet.

Die dänischen Truppen in dem eingeschlossenen Friedrichstadt bestanden aus 2800 Mann und waren mit 8 Feldkanonen und 13 Espingolen (Kartätschgeschütze) ausgerüstet.

Es gab also sowohl mannschaftmäßig als auch technologisch eine klare Überlegenheit auf Seiten der Belagerer. Doch dieser Vorteil konnte wegen der schwierigen Landschaft mit tiefen, breiten Gräben, zahlreichen Deichen und der klebrigen Marscherde nicht voll ausgenutzt werden.

3. Für die Zivilbevölkerung können Freunde und Feinde gleich schlimm sein

Die Einwohner Friedrichstadts waren fast alle schleswig-holsteinisch gesonnen, und sie hatten mit Trauer, doch ohne Widerstand die Besetzung ihrer Stadt im August erlebt. Jedoch einige Wochen später lernten sie wahrhaftig die Grauen des Krieges kennen. Am 29. September eröffnete die schleswig-holsteinische Artillerie das Feuer auf Friedrichstadt, und die Stadt brannte an mehreren Stellen. Alles wurde schnell von den Flammen der brennenden Häuser überzogen. Der größte Teil der Bevölkerung wollte die Stadt sofort verlassen, doch Helgesen erlaubte es nur Frauen und Kindern. Die männliche Bevölkerung musste bleiben, um das Feuer zu löschen. Wenn alle gleichzeitig flüchteten, wäre außerdem die Gefahr der Plünderung sowohl von Seiten der verbliebenen Einwohner als auch von Seiten der dänischen Verteidiger zu groß gewesen.

Es ist ein Alptraum, in einer Stadt zu wohnen, die von Artillerie beschossen wird, und für die Friedrichstädter mischte sich zu der Angst noch das Unbehagen, sozusagen von den „eigenen Truppen“ beschossen zu werden. Die zivile Obrigkeit der Stadt bat deshalb Helgesen um die Erlaubnis, ein Schreiben an den Oberkommandierenden der Schleswig-Holsteiner zu schicken, in dem sie sich über die Beschießung beklagte. Sie erhielt die Erlaubnis und am folgenden Tag, dem 1. Oktober 1850, wurde ein Brief an General v. Willisen dem schleswig-holsteinischen Kontrollposten übergeben. Darin stand: „Der Magistrat der Stadt Friedrichstadt unterrichtet Sie hiermit, daß bei der stattgefundenen Bombardie-

rung mehr Einwohner der Stadt verletzt und getötet wurden als dänische Soldaten. Der Magistrat appelliert an Ihr Gewissen und fragt Sie, ob Sie die Verantwortung für die Vernichtung der Stadt übernehmen können³.“

Willisen beantwortete natürlich den Brief nicht und verstärkte in den folgenden Tagen die Beschießung. Jetzt erst wurde allen Zivilisten erlaubt, die Stadt zu verlassen, und der größte Teil ergriff die Chance, sein Leben zu retten. Am 4. Oktober war Friedrichstadt ohne Bevölkerung. Der Versuch, die Stadt zu befreien, hatte alle Einwohner in die Flucht getrieben. Nachdem der Versuch, die Stadt im Sturmangriff zu erobern, missglückt war, konnten die Bürger nach Friedrichstadt zurückkehren. Zu ihrem Kummer mussten sie erfahren, dass sowohl ihre Stadt wie auch die nächste Umgebung so gut wie vollständig zerstört waren. Nur drei Gebäude waren unbeschädigt, 137 Häuser waren vollständig niedergebrannt und 285 Häuser waren stark beschädigt. In der nächsten Umgebung waren 9 Häuser und Höfe abgebrannt und 12 beschädigt. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung wurden nie ganz geklärt, aber es gab mindestens 31 Tote und Verletzte.⁴ Die einst so schöne Stadt lag in Ruinen, und die Not war groß.

Sowohl auf dänischer wie auf schleswig-holsteinischer Seite wurden sofort Geldsammlungen eingeleitet, um das Notwendigste vor Einbruch des Winters zu beschaffen. Die eigentliche Erstattung der Kriegsschäden wurde erst 2 1/4 Jahr später ausbezahlt. Im Januar 1853 bestimmte der dänische Staatsrat, eine Erstattung für die Kriegsschäden im Herzogtum Schleswig zu leisten. Nordschleswig samt Flensburg und Angeln wurden 131000 Reichstaler zugeteilt für den entstandenen Schaden in den drei Kriegsjahren 1848-50. Außerdem gab es eine Sonderbewilligung von 100000 Reichstalern für Friedrichstadt für die Schäden des Kampfes im Oktober 1850. Wieviel aber die notleidenden Bürger der Stadt von diesem Geld erhielten, ist ungewiss. Zu beiden Bewilligungen gab es nämlich einige Bedingungen. Es wurde nur eine Entschädigung an solche Einwohner gezahlt, die nicht auf irgendeine Art an der Erhebung teilgenommen hatten, indem sie zum Beispiel Mitglied der schles-

wig-holsteinischen Armee gewesen waren, ohne besonderen Zwang Steuern an Regierungen der schleswig-holsteinischen Erhebung gezahlt oder die Erhebung mit anderen ungesetzlichen Handlungen wie z. B. der Teilnahme an der Landesversammlung in Kiel oder an der Nationalversammlung in Frankfurt unterstützt hatten⁵. Ein bedeutender Teil der Bürger Friedrichstadts muss unter diese Ausnahmebestimmungen gefallen sein.

4. In der Wirklichkeit des Krieges liegt die Barbarei direkt unter der Oberfläche

Wie schon gesagt, verbot Helgesen, dass alle Einwohner bei Beginn des Bombardements am 29. September aus der Stadt flüchteten. Er wusste, dass es sonst unmöglich war, Plünderungen in Wohnungen und Geschäften zu verhindern. Doch ein paar Tage später musste Helgesen - auf dringende Bitte der Einwohner - erlauben, die belagerte und zerschossene Stadt zu verlassen. Damit war der Schutz aufgegeben, und die Häuser der Stadt konnten von den Verteidigern der Stadt geplündert werden. Der dänische Militärfarrer Erik Höydr Möller, der sich in Friedrichstadt während der Belagerung aufhielt, schilderte, wie sich einige der dänischen Soldaten in den verlassenen Häusern eindeckten. Der Pfarrer war sehr beschämt über „Episoden“ dieser Art:

„Es ist ein trauriger Anblick anzusehen, daß ein Soldat, der dem Tod so nahe ist, zu einem Dieb wird, indem er sich in ein Haus einschleicht und beladen herauskommt; wie er im schlimmsten Bombenhagel, wo die nächste Sekunde ihn vor seinen Richter rufen konnte, sich an fremdem Eigentum vergreift, da er jedoch im nächsten Augenblick fallen könnte, aber nicht auf dem Feld der Ehre.

Als der bitterste Tag, den ich erlebt habe, ist für mich in Erinnerung, als zwei Gefallene hereingebracht wurden: Der eine war ein Soldat, in dessen Tornister das silberne Wappen der Schützengilde lag, der andere war ein kleiner Hornbläser, bei dem man einen weißen Zuckerhut fand. Es wäre für Helgesen vollkommen unmöglich gewesen, solches zu verhindern. Alle Türen standen ja offen, die

Geschäfte waren verlassen, die Zimmer waren voll möbliert. Es sei doch besser, jemand hätte noch was davon, als daß das Feuer alles verzehre, so wurde argumentiert. Eines Tages kam Helgesen die Straße herunter und traf einen Soldaten mit einem großen Paket. Er fuhr ihn an: „Mußt du gerade vor dem Kommandanten herumlaufen? Kannst du nicht durch eine andere Straße gehen?“ Es gibt natürlich auch unter solchen Verhältnissen Menschen, die das Böse scheuen und an solchen Handlungen nicht teilnehmen.“⁶

In der zeitgenössischen Literatur zum Dreijahreskrieg sind Schilderungen von Plünderungen sehr selten. In der Fachliteratur wird auf dieses Problem gar nicht eingegangen, und in den bekannten dänischen Schilderungen wird ein ganz anderes Bild von den tapferen Verteidigern Friedrichstadts gezeichnet.⁷ Typisch für dieses Bild ist eine Lithographie nach einer Zeichnung von Niels Simonsen. Es zeigt dänische Soldaten, die fürsorglich eine Familie aus einem brennenden Haus retten, während eine qualmende Bombe die ganze Rettungsaktion in die Luft zu sprengen droht. Hilfsaktionen dieser Art gab es sicherlich, aber sie waren nicht die ganze Wahrheit.

5. Die Opfer des Krieges werden schnell vergessen

Schilderungen von Lazaretten und Beerdigungen sind nicht häufig in der kriegshistorischen Literatur, obwohl beide ins Bild eines Krieges gehören. Vom Kampf im Friedrichstadt hat Erik Høyer Møller einige Jahre nach dem Krieg glaubwürdige und ins Einzelne gehende Schilderungen von den Zuständen in den glaubwürdigen und ins Einzelne gehende Schilderung von den Zuständen in den Lazaretten und bei den Beerdigungen gegeben, die er in Friedrichstadt erlebt hat.

„Es war kein angenehmer Anblick, der sich mir bot, als ich durch die Tür des Lazarettes trat. Die breiten Fliesen des kleinen Windfanges waren rot und glatt von Blut. Im gleichen Augenblick fiel eine Bombe vor der Tür, und ich wollte zur Seite springen, doch ich rutschte aus und fiel hin. Im Hintergrund lagen fünf Leichen auf dem Rücken, die ersten Gefallenen.

Das Lazarett war sehr klein, 4-5 Zimmer, wobei nur in zwei Zimmern Betten standen, während das dritte mit Stroh ausgelegt war, damit die Verwundeten vor und nach dem Verbinden hierher gebracht werden konnten. Es gab keinen Platz, wo man keine Schreie und Klagen hören konnte und man hätte es nicht aushalten können, wenn nicht jeder Augenblick uns ganz gefordert hätte. - Es war wie an einem Erntetag im größten Trubel, wenn der eine Wagen kommt, gefüllt mit Ähren und der andere fährt leer weg, um wieder gefüllt zu werden. Aber das, was der Wagen brachte, waren Menschen, Lebende und Tote durcheinander. Hier war genug zu tun. Niemand war sich zu gut zu helfen, sie so vorsichtig wie möglich vom Wagen zu holen und, wenn sie verbunden waren, sie wieder auf Stroh in den Wagen zu legen. Es herrschte eine unsagbare Spannung, wenn ein Wagen vom Kampfplatz kam und vor der Tür hielt. Man wußte nie, ob man es wagen sollte, hinzusehen. Es hätte ja leicht einer dabei sein können, den man kannte und liebte. Man fühlte sich erleichtert, wenn der Wagen leer war, aber - bald würden andere Wagen folgen mit neuen Verwundeten und Toten ...⁸

Als Militärfarrer war Høyer Møller verantwortlich für die Beerdigung der militärischen Opfer, in besonderen Fällen jedoch, wenn beispielsweise der örtliche Pfarrer geflüchtet war, musste der Militärfarrer auch bei zivilen Beerdigungen mitwirken. Üblicherweise hätte man die zwei Gruppen von Toten getrennt begraben, doch dies geschah nicht nach dem Sturm auf Friedrichstadt. Hier wählte man ein großes Massengrab für Zivilpersonen und Soldaten.

„Eine Beerdigung dieser Art kann unheimlich sein. Etwas vom Schlimmsten, das ich erlebt habe, geschah am 7. Oktober 1850, nachdem der Sturm auf Friedrichstadt abgeschlagen worden war. Diejenigen, die in den ersten Tagen gefallen waren, 59 an der Zahl, waren in der Nacht auf dem Friedhof der Lutherischen Kirche beigesetzt worden. Die Gefallenen aus den Sturmtagen waren noch übrig. Sie waren zusammengesammelt worden: Soldaten und Zivilpersonen, Männer und Frauen, vom Schlachtfeld und aus den Häusern, gefunden im Fluß oder in den tiefen Wassergräben. Sie

waren auf dem Fußboden einer Dorfkirche aufgereiht, zusammen 104. Die Verhältnisse waren nicht so, dass Särge beschafft werden konnten. Mit viel Mühe wurde das große, tiefe Grab in die zähe Erde gegraben, und erst im Morgengrauen war es fertig, und man konnte damit beginnen, die Toten hinauszutragen. Zwei Männer, einer beim Kopf und einer an den Füßen, trugen jede Leiche hinaus und legten sie auf den Rücken in das Grab. Wenn die Reihe voll war, wurden die Nächsten obendrauf gelegt. Es dauerte lange, und um zu verhindern, daß die Totengräber bei ihrer Arbeit gestört wurden, war der Zugang zum Friedhof für die Bevölkerung gesperrt. Nur an der Kirchentür stand der Kirchendiener, um jede Leiche anzusehen, die die Uniform des Feindes trug, um herauszufinden, ob er ihn möglicherweise kannte. Wir hatten schon mehr als die Hälfte, als die Träger mit einem sehr jungen Menschen hinzutraten, der Kirchendiener beugte sich über ihn und schrie auf: ‚Oh! Das ist mein einziger Sohn! Obwohl Mitleid nicht gerade das Gefühl war, das in diesen Tagen überwog, wurden wir doch alle ergriffen von dem Schmerz des armen Vaters, Er bat, die Leiche mit nach Hause nehmen zu dürfen, um seinen Sohn selbst zu beerdigen. Dieser Wunsch wurde ihm erfüllt. Es wurde dann weiter hinausgetragen und endlich, als die Dunkelheit hereinbrach, traten wir hin zum Grab.

Es war nicht das erste Mal, dass ich Erde auf Leichen ohne Särge warf, aber es war das einzige Mal, dass die Leichen auf dem Rücken lagen, also mit dem Gesicht mir zugewandt. Ich begann zu sprechen. Aber je länger ich sprach, desto lebendiger wurden sie und eine Angst durchfuhr mich, dass hier vielleicht noch einige am Leben sein könnten. Besonders eine alte Frau, die gerade vor meinen Füßen lag, sah mit ihrem ernsten runzlichen Gesicht aus, als ob sie sich jeden Augenblick erheben wollte, vermutlich, weil sie mir am nächsten lag oder, weil sie am wenigsten von allen hierhin gehörte.

Dann sollte ich Erde auf die Leichen werfen. Es war ja unmöglich, auf jede einzelne Leiche drei Schaufeln Erde zu werfen. Ich entschloß mich, um das Grab zu gehen und an vier Stellen, von jeder

Seite einmal, Erde zu werfen. Doch gerade dies erhöhte noch den Grad des Unheimlichen. Da es keinen Grabspaten gab, mußte ich einen gewöhnlichen Spaten nehmen, einen mit dem das Grab ausgehoben wurde und den ich nicht benutzen konnte, ohne beide Hände zu gebrauchen. Es zeigte sich jetzt auch, dass es gar keine lose Erde gab, sondern nur zähe Kleierde, die sich am Spaten festsetzte und von dem man sie nur lösen konnte, wenn man mit großer Kraft den Lehm auf die Leichen schleuderte, deren Brust davon widerhallte. In der Dunkelheit verrichteten wir unsere stillen Gebete, das Grab wurde zugeschüttet, jeder ging nach Hause.“⁹

6. Ein Held wird man oft durch Zufall

Oberstleutnant Hans Helgesen wurde nach seinem Einsatz bei der Verteidigung von Friedrichstadt in Dänemark als Held gefeiert. Seine Leistung wird in einem der anerkannten Werke beschrieben als „eine der schönsten Taten in der dänischen Kriegsgeschichte. Es ist hauptsächlich das Verdienst seines mannhaften Auftretens, dass der Hauptsturm am 4. Oktober abgeschlagen wurde.“¹⁰ Helgesens persönlicher Mut und sein großer persönlicher Einsatz, nicht zuletzt seine steten Ermunterungen an die dänischen Truppen halfen ohne Zweifel, aber sein dänischer Heldenstatus ging doch auf einen Zufall zurück.

Helgesen war Berufssoldat, der in einer Reihe verschiedener Heere gedient hatte. Er wurde 1793 in Norwegen geboren und 1811 im norwegischen Militärinstitut ausgebildet. Er nahm am Feldzug gegen Schweden 1813-14 teil und verließ das norwegische Heer, nachdem der schwedische König norwegischer Regent wurde. Zusammen mit zwei seiner norwegischen Offizierskameraden, Olaf Rye und F. A. Schleppegrell, reiste er nach Dänemark. Sein Plan war, in das russische Heer aufgenommen zu werden, aber Frederik VI. riet ihm, lieber im preußischen Heer zu dienen. Helgesen wurde in Bülows Heer angestellt und nahm an den letzten Schlachten der napoleonischen Kriege teil, unter anderem an der Schlacht von Waterloo im Jahre 1815. Danach diente er ein paar Jahre in „Det danske Auxiliarkorps“ in Frankreich. 1818 verließ er das dänische

Heer, heiratete in Frankreich und ernährte sich in den folgenden 30 Jahren als umherziehender Offizier und Pferdehändler. Helgesen kämpfte auf den Barrikaden in Paris gegen die Bourbonen in der Julirevolution von 1830 und wurde danach einige Jahre Offizier in der französischen Nationalgarde. 1840 kehrte er in den dänischen Gesamtstaat zurück und bekam, man weiß eigentlich nicht wofür, eine kleine Pension von Christian VIII.¹¹

Helgesen ließ sich nun in Stapelholm im südwestlichen Schleswig nieder, wo er sich mit Jagd, Fischerei und Vogelfang ernährte. Seine Sympathie für die Demokratie und das Feuer seines revolutionären Geistes, das ihn in die Kämpfe 1813-14 und 1830 führte, wurde wieder bei der schleswig-holsteinischen Erhebung im März 1848 entfacht. Helgesen wandte sich sofort an den Prinzen von Noer und bot ihm seine Dienste und seine große militärische Erfahrung für das schleswig-holsteinische Heer an. Prinz Friedrich jedoch zögerte, diese vollbärtige, unmöglich gekleidete Person mit ihrem ungewöhnlichen Auftreten einzustellen. Er schickte ihn weiter zum schleswig-holsteinischen Kriegsminister, der sich ebenfalls weigerte, Helgesen einzustellen, ihm jedoch eine Antwort auf sein Gesuch im Laufe weniger Tage versprach. Noch bevor die Antwort eintraf, erfuhr Helgesen, dass Olaf Rye und F. A. Schleppegrell im Krieg auf dänischer Seite teilnahmen. Er beschloss, es ihnen gleichzutun, und reiste sofort nach Kopenhagen, wo er von dem dänischen Kriegsminister freundlicher als von den Schleswig-Holsteinern empfangen wurde. Helgesen wurde in das dänische Heer aufgenommen und erhielt den Dienstrang eines Hauptmanns. Es ist somit ein Zufall, dass der spätere Held von Friedrichstadt nicht Offizier im schleswig-holsteinischen Heer war. Aber über diese Erkenntnis sah man damals schnell hinweg - nicht zuletzt Helgesen selbst. Nach Ende des Krieges wurde er Kommandant in Schleswig und seit 1852 in Rendsburg. In beiden Orten behandelte Helgesen den schleswig-holsteinischen Teil der Bevölkerung mit großer Strenge.¹²

7. Missglückte Angriffe und Niederlagen können leicht als Ruhmestaten umgedeutet werden

General v. Willisen befahl, wie schon gesagt, den Sturm auf Friedrichstadt gegen den Widerstand der führenden Offiziere im schleswig-holsteinischen Heer. Er wollte gerne die Wünsche der Politiker erfüllen, die einen ehrenvollen Einsatz der schleswig-holsteinischen Truppen forderten. Der missglückte Angriff wog deshalb für Willisen schwer, denn er fürchtete um seine eigene Stellung als kommandierender General. Es war deshalb ungeheuer wichtig für ihn, den fehlgeschlagenen Eroberungsversuch nicht nur als ehrsam, sondern sogar als ehrenvoll aussehen zu lassen. Er musste schnell handeln, damit die richtige Auslegung der Ereignisse veröffentlicht werden konnte. Dies schaffte er mit seinem Armeebefehl, den er vom Hauptquartier in Rendsburg am 6. Oktober 1850 ausgab. Das Schreiben ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie ein missglückter Angriff mit besonders positiven Wendungen umgedeutet werden kann:

„Die Tage vor Friedrichstadt sind nicht glücklich gewesen, aber sind Ehrentage für die Armee geworden. Der Sturm am 4. auf den von Natur und Kunst gleich festen Platz ist eine so schöne Waffentat, wie irgend eine Armee sie aufzuweisen hat. Alle Waffen haben ihre Pflicht gethan. Der Oberst von der Tann hat das ganze Unternehmen mit gewohnter Tätigkeit und mit kühnem Unternehmungsgeist geleitet. Das 1te Jägerkorps hat seinen alten Ruhm bewährt, das 1te und 15te Bataillon haben sich ruhmvoll benommen, das 6te Bataillon aber hat zwei Dritteile seiner Offiziere auf dem Platze gelassen. Das Bataillon darf mit Stolz den Namen ‚Friedrichstadt‘ in seine Fahnen schreiben. Die Artillerie hat sich, wie immer, ausgezeichnet betragen. Die schwierigen Einleitungen, durch das sehr schlechte Wetter ungeheuer erschwert, sind von ihr mit der größten Umsicht angeordnet und mit größter Standhaftigkeit durchgeführt worden. Die Pioniere sind vor keiner Schwierigkeit zurückgetreten. Nur unübersteigbare Hindernisse konnten solcher Tapferkeit Schranken setzen. Zum zweiten Mal haben wir versucht, durch weitliegende gewagte Unternehmungen den Feind zum gleichen

Kämpfe aufs freie Feld heraus zu locken; es hat auch diesmal nicht gelingen wollen. Wir müssen, so scheint es, ferner Geduld haben. Durch das Aufgeben des Angriffes ist gegen die frühere Lage Nichts verloren. Unser Verlust ist sehr schmerzlich, aber das Selbstgefühl der Armee kann nur zunehmen dadurch, daß sie auch vor solchen schweren und gefährvollen Unternehmungen, wie die gegen Friedrichstadt, nicht zurückgetreten, sie vielmehr ruhmvoll, wenn auch nicht glücklich bestanden. Jeder, welcher die Armee in diesen Tagen gesehen, wird ihr die vollste Anerkennung nicht versagen „...“¹³

8. Frieden wächst selten aus Kanonen

Viele Kämpfe mit großen Verlusten haben nicht die geringste Bedeutung - weder auf kurze noch längere Sicht. Dies gilt auch für den Kampf um Friedrichstadt. Trotz der energischen dänischen Verteidigung, der bedeutenden militärischen und zivilen Verluste und der furchtbaren Zerstörung der Stadt hatte der Kampf keine Bedeutung - weder für den weiteren Verlauf des Krieges noch für den Frieden, der im Winter 1851 geschlossen wurde. Ein siegreicher schleswig-holsteinischer Sturmangriff mit der Rückeroberung der Stadt wäre genau so bedeutungslos geblieben wie die dänische Abweisung des Eroberungsversuches.

Nach dem Kampf um Friedrichstadt gab es keine größeren Kämpfe mehr. Es kam manchmal noch zu kleinen Zusammenstößen zwischen den Vorposten, doch auch diese „Episoden“ haben nicht die geringste Bedeutung - weder militärisch noch politisch. Der letzte Zusammenstoß überhaupt war ein Vorpostengefecht am 31. Dezember 1850. Bereits einen Monat früher, am 29. November, hatten sich Preußen und Österreich in dem Abkommen von Olmütz geeinigt, worin festgelegt wurde, dass diese beiden Staaten die schleswig-holsteinische Frage lösen sollten. Zwei Kommissare, einer von jedem Staat, sollten nach Holstein reisen und den Krieg dort beenden. Dies geschah ohne größere Schwierigkeiten, denn die Kasse der schleswig-holsteinischen Regierung war leer.

Es war der Wunsch der Großmächte, den Status quo ante wieder

herzustellen, und es war der aktuelle Geldmangel, der zum Abschluss des ersten schleswigschen Krieges führte - nicht der Einsatz der beteiligten Partner auf dem Schlachtfeld. Kriege kann man selten zur Lösung nationaler oder ethnischer Konflikte gebrauchen. Es wurde auch nicht ein dauerhafter Friede, weil die grundlegende Streitfrage, die Stellung Schleswigs im Gesamtstaat und auch die Holsteins ungelöst blieben und die schleswigsche Bevölkerung im Laufe des Krieges wegen der nationalen Frage noch stärker entzweit wurde. *

Anmerkungen

- 1 N. P. Jensen, Kämpfen om Sønderjylland, Bd.3, Kpbenhavn 1916, S. 120-121.
- 2 Danmarks Kamp for Slesvig i Aarene 1848, 49 og 50. Efter nogle Friviliges Papirer, Bd. 1-3, København 1852, Bd.3, S. 153-154.
- 3 Der Brief ist zitiert nach: N. P. Jensen, Kämpfen om Sønderjylland, Bd.3, København 1916, S. 129-130.
- 4 Zahlen nach N. P. Jensen (s. Anm. 1).
- 5 Statsrådets Forhandling 1848-1863, IV. Bd., hg. vom Rigsarkivet durch Harald Jørgensen, København 1960, S. 502-503.
- 6 [Høyer-Møller], Tre af mine Venner. Af en gammel Feltpræst, København 1900, S. 158-159. Propst Erik Høyer Møller schrieb unter dem Pseudonym „en gammel Feltpræst“. Er war Militärpfarrer von 1848-1850, Garnisonspfarrer in der Stadt Schleswig im Jahre 1858, Pastor in Nordborg von 1858-1864 und wiederum Militärpfarrer im Jahre 1864. Nach der Abtretung des Herzogtums Schleswig ließ er sich in Kopenhagen nieder und schrieb unter dem obigen Pseudonym zwei Bücher über seine Erlebnisse als Militärpfarrer 1848-1850 und als Mili-

* Der Kampf um Friedrichstadt im Jahre 1850, hrsg. v. Gerd Stolz für die Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte, anlässlich des 150. Jahrestages der Belagerung und Beschießung Friedrichstadts durch die Schleswig-Holsteinische Armee, Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2000. Der Beitrag Inge Adriansens (S. 141-154) wurde für den Abdruck in den Grenzfriedensheften überarbeitet.

- tärpropst 1864.
- 7 Plünderungen in Friedrichstadt werden mehrfach in Briefen dänischer Kriegsteilnehmer erwähnt, siehe C. F. Allen, Breve fra danske Krigsmænd skreven til Hjemmet under Felttogene 1848, 1849, 1850, København 1873, S. 242 u. 247.
 - 8 [Høyer-Møller], Pnesten i Krigen. Breve til en ven fra en gammel Feltpraest, København 1876, S. 83-86.
 - 9 s. Anm. 8, S. 141-144.
 - 10 Salmonsens Konversationsleksikon, Bd. XI, S. 181,2. Aull., København 1921.
 - 11 Otto Vaupell, Frederikstads Forsvar samt Helgesens Levnetsløb, hg. von Folke- oplysningens Fremme, København 1875, S. 40-60.
 - 12 s. Anm. 10, Bd. IX, S. 181.
 - 13 Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 51 A, XIV, Nr. 29, Armee-Befehl Nr. 256.

Die Eidergrenze im 19. Jahrhundert

Deutsch-dänische Grenzverhandlungen 1851

von *GERRET LIEBING SCHLABER*

Einführung

Wenn man an die deutsch-dänische Grenze denkt, fallen einem wohl zuerst das gute nachbarliche Miteinander (oder zumindest Nebeneinander) der heutigen Zeit ein, in historischer Perspektive die Volksabstimmungen von 1920, die die Grundlage für die heutige Grenzziehung bildete und vielleicht noch die bis 1955 schwierigen Minderheiten Verhältnisse. In jedem Falle aber denkt man daran, dass es sich um die Grenze zwischen zwei zwar befreundeten, aber doch in vielerlei Hinsicht unterschiedlichen Nationalstaaten handelt.

Weit weniger bewusst ist man sich indessen, dass diese feste Grenze eine vergleichsweise junge Erscheinung ist. Über Jahrhunderte war die Grenze zwischen Deutsch und Dänisch fließend, und zwar nicht in dem Sinne, dass sie wiederholt zwischen den Staaten verschoben wurde (das war nur 1864 und 1920 der Fall), sondern dass es statt einer Trennlinie eine sehr lange Brücke gab - und diese Brücke stellten die Herzogtümer Schleswig, Holstein und (ab 1815) Lauenburg dar.

Die Frage nach einer „klareren“ Grenze stellte sich überhaupt erst mit dem Aufkommen des Nationalismus im 19. Jahrhundert, der in den Herzogtümern Anfang der 1840er Jahre seinen vollen Durchbruch erlebte. Nationalstaaten erforderten eindeutige Grenzen. Doch eine solche ließ sich hierzulande nicht ohne weiteres ziehen.

Nach dem dreijährigen Krieg 1848-50, dem Systemwechsel in Kopenhagen¹ und dem Versuch, den aus dem Königreich und den drei Herzogtümern bestehenden Gesamtstaat wiederherzustellen, setzte sich die eiderdänische Position in der dänischen Regierungspolitik mehr und mehr in Szene. Man wollte klare Grenzverhältnisse zwischen dem national gemischten Herzogtum Schleswig

und dem rein deutschsprachigen Holstein.

1851 wurde ein Versuch unternommen, die Grenze zwischen Schleswig und Holstein und damit die Nordgrenze des Deutschen Bundes auf dem Verhandlungswege festzulegen. Am Beispiel der Argumentation in diesen Verhandlungen, die aus einem Bericht der dänischen Delegation zu erschließen ist,² soll aufgezeigt werden, welche Bedeutung die Grenze vor 150 Jahren tatsächlich hatte, wie sie legitimiert werden sollte und welche Konsequenzen sich daraus für das Land ergaben.

Die komplexen Grenzverhältnisse

Wie eingangs erwähnt, bildeten die Herzogtümer bis 1864 eine Brücke zwischen dem Königreich Dänemark und den deutschen Staaten. Schleswig entwickelte sich im Hochmittelalter als dänisches Grenzherzogtum, war in vielerlei Hinsicht mit Holstein verbunden und zeichnete sich durch eine kulturelle und sprachliche Vielfalt aus. Holstein wiederum hatte seit 1460 ebenfalls den dänischen König (seit 1474 als Herzog) zum Landesherrn, gehörte aber als deutsches Lehen zum deutschen Konglomerats-Kaiserreich bzw. ab 1815 zum Deutschen Bund. Wenn auch die Herzogtümer in vielerlei Hinsicht miteinander verbunden waren, war ihre gemeinsame Grenze nichts weniger als die Nordgrenze des Deutschen Bundes, ja sogar dessen einzige Landscheide im Norden, während ansonsten die Meere die Grenzverhältnisse bestimmten.³ Lange Zeit befand sich an der Königsau eine Zollgrenze, die der königlichen Kasse mitunter reiche Einkünfte bescherte.⁴ Doch war diese Grenze im Osten zwischen dem Oberlauf der Au und der Koldinger Förde nicht abgesteckt und kaum zu bemerken, wie es auch zahlreiche unbewachte Furten durch die nicht sehr breite Au gab.⁵ Darüber hinaus gab es südlich dieser Grenze Enklaven, die in administrativer Hinsicht zum Königreich gehörten.⁶ Noch komplizierter wurden diese Verhältnisse dadurch, dass die Landesgrenze nur in wenigen Bereichen mit den kommunalen Grenzen übereinstimmte. Fast alle Kirchspiele entlang dieser Grenze waren geteilt, Bewohner der gleichen Gemeinde gehörten verschiedenen Ämtern

und Landesteilen an. Allerdings dürfte sich dies im täglichen Leben nur recht selten bemerkbar gemacht haben.

Auch zwischen den Herzogtümern Schleswig und Holstein war die Abgrenzung nicht so eindeutig, wie man es vermuten könnte. Wie allgemein bekannt bildeten die Eider und die Levensau die Grenze. Letztere fiel größtenteils dem Bau des Eiderkanals 1786 zum Opfer, der sich erstaunlicher Weise trotz der größeren Übersichtlichkeit nicht gegen die älteren Grenzverhältnisse durchsetzen konnte. Am schwierigsten war die Lage in der Stadt Rendsburg, deren Festungswerke sich auf beiden Seiten der Eider erstreckten, während die Altstadt auf einem Werder mitten im Fluss lag. Auch Holsteins Grenze nach Süden war nicht immer eindeutig. Die beiden getrennten Ämter des „Fürstentums Lübeck“ mit der Hauptstadt Eutin bildeten zwei Enklaven, ebenso viele zum Teil winzige Besitzungen der Hansestädte Hamburg und Lübeck. Letzteres betraf auch das Herzogtum Lauenburg, dessen Hauptkirche, der Ratzeburger Dom, mit seinem Grund wiederum eine Enklave des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz in der Inselstadt bildete.

Die Grenzverhältnisse waren also an allen Stellen schwer überschaubar, und die Grenzen der verschiedenen administrativen Distrikte überlappten einander. Da sich der größte Teil des öffentlichen Lebens auf kommunaler Ebene abgespielt hatte, waren die Auswirkungen dieser Verhältnisse vergleichsweise gering. Das sollte sich im Zuge des 19. Jahrhunderts jedoch gründlich ändern, als sich das öffentliche Leben verstärkt in größere Bezüge verlagerte und, wie erwähnt, die nationale Frage in den Mittelpunkt des Interesses trat.

Der Bedarf nach klaren Abgrenzungen

Die nationale Frage schuf also neue Probleme, zu deren gewichtigsten die Grenzfrage gehörte. Doch eine Grenze nach nationalen Gesichtspunkten ließ sich wie erwähnt nicht so einfach ziehen. So beriefen sich beide Seiten auf angebliche historische Rechte längst vergangener Zeiten. Schleswigs Gründung aus dem Königreich heraus sollte aus dänischer Sicht die Eidergrenze als deutsche

Nordgrenze legitimieren. Die deutschen Schleswig-Holsteiner hingegen beriefen sich auf das Ripener Privileg von 1460, nach dem die Herzogtümer „ewig zusammen und ungeteilt“ bleiben sollten, um die Grenze an der Königsau festzusetzen. Der Gedanke der Teilung nach nationalen Mehrheitsverhältnissen war zwar schon vereinzelt aufgekommen, konnte sich aber noch lange Zeit nicht durchsetzen.

Im Zuge der beginnenden nationalen Auseinandersetzungen neigte die dänische Seite immer mehr der Eiderlösung zu. Man wollte die Verbindung mit Holstein und Lauenburg lösen, weil man dadurch an den Deutschen Bund gekettet war, wodurch nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik wie etwa die Verfassungsfrage eine erhöhte Rücksichtnahme und damit Einschränkung der Eigenständigkeit mit sich führte.?

Dieses Dilemma hatte sich im Zuge des Krieges 1848-50 sehr deutlich gezeigt, denn die schleswig-holsteinischen Truppen hatten anfangs massive Unterstützung durch die deutschen Staaten erhalten, besonders vom aufstrebenden Preußen. Ohne die Intervention der europäischen Großmächte hätte sich Dänemark in einer ziemlich aussichtslosen Lage befunden.⁸

Zwar konnte Dänemark in der letzten Phase des Dreijahreskrieges die Kontrolle über Schleswig zurückgewinnen, aber weder die dänische Zentralverwaltung noch die Armee hatten es vermocht, die Ordnung in Holstein wiederherzustellen. Zwar war das Land im Gegensatz zu Schleswig nicht Kriegsschauplatz geworden, doch standen hier noch immer schleswig-holsteinische Truppen. Die „Befriedung“ Holsteins wurde erst durch eine preußisch-österreichische Besetzung des Bundes-Landes erreicht.⁹ Die Truppen der beiden deutschen Großmächte standen 1851 also unmittelbar südlich der Eider. Diese Tatsache machte es der dänischen Führung um so deutlicher, dass man eine rasche staatsrechtliche und international anerkannte Lösung für die Herzogtümer brauchte, um neue Konflikte mit den deutschen Staaten zu vermeiden.

Unter diesen Umständen gewann die Grenzfrage eine wichtige

Bedeutung. Man brauchte eindeutige Verhältnisse, um den Einflussbereich des Deutschen Bundes klar abgrenzen zu können. Hinzu kam 1851 der Versuch der dänischen Zentralregierung, deren erster Minister für das Herzogtum Schleswig der stark eiderdänisch gesinnte Frederik Ferdinand Tillisch war, an der Eider eine Zollgrenze zu etablieren,¹⁰ was allerdings wenige Jahre später wieder zurückgenommen wurde. All dies machte eine klare Trennlinie notwendig.

Die Aufnahme von Grenzverhandlungen 1851

Schon einige Wochen nach dem endgültigen Ende des dreijährigen Krieges in und um Schleswig und der Befriedung Holsteins wurden die Vertreter der dänischen Zentralregierung und des Deutschen Bundes darüber einig, dass beide Seiten eine gemeinsame Expertenkommission einsetzen sollten, die den genauen Grenzverlauf zu bestimmen in der Lage war. Sitz der Kommission sollte die Grenzstadt Rendsburg sein.

Bemerkenswert ist, dass jede Seite zwei hohe Offiziere und einen Universitätsprofessor für diese Arbeit bestimmten. Auf dänischer Seite waren dies der Oberst Ludvig August Haller von Baggesen und der Kammerherr und Oberleutnant Carl Ernst Johan von Bülow, die beide dem dänischen Generalstab angehörten, sowie der Kopenhagener Geschichtspräsident Hans Matthias Belschow. Die deutsche Seite entsandte die beiden Obersten Carl von Roesgen und Carl von Schmidt, von denen ersterer zum österreichischen, letzterer zum preußischen Generalstab gehörte. Vertreter für Holstein war der Kieler Nationalökonom Professor Johann Christian Ravit.

Das erste Problem, das sich von Beginn an stellte, war die Tatsache, dass die deutschen Mitglieder von der Bundesversammlung bzw. den betreffenden Regierungen keine Befugnis dazu erhalten hatten, ein rechtsgültiges Abkommen zu beschließen und zu unterzeichnen, wie es die Hoffnung der dänischen Seite gewesen war.¹¹ Offenbar ging man davon aus, dass man mit Hilfe älterer Dokumente die wirkliche Grenze hätte ausfindig machen können, so

dass sich ein neues Abkommen erübrigen würde. Es galt also noch immer das mittelalterliche Prinzip, wonach das älteste verbriefte Recht beziehungsweise das von der höchsten Autorität ausgestellte Privileg die höchste Gültigkeit hatte - mochte es noch so unzeitgemäß sein, weil sich die Verhältnisse längst gewandelt hatten.

Unter diesen Voraussetzungen wurden die Verhandlungen der Grenzregulierungskommission am 12. April 1851 in Rendsburg aufgenommen. Aus praktischen Gründen nahm man zunächst eine Besichtigung des betroffenen Grenzgebiets vor. Danach beschloss man, das holsteinisch-schleswigsche Grenzgebiet für den weiteren Verlauf der Verhandlungen in fünf Abschnitte einzuteilen. Es hatte in der Geschichte viele Landesteilungen, Verpfändungen und Besitzerwechsel gegeben, die jedoch immer nur kleine Gebiete betrafen. Schon allein deshalb war es unmöglich, pauschal um eine einheitliche Grenzlinie zu verhandeln. Man nahm sich daher die folgenden Abschnitte einzeln vor: 1) Ostholsteins Nordküste und Fehmarn, 2) von der Kieler Förde bis zum Flemhuder See, 3) von der Nordspitze des Flemhuder Sees bis zur Nordostgrenze des Amtes Rendsburg, 4) die Nordgrenze des Amtes Rendsburg und die Stadt selbst, sowie 5) von der Westgrenze des Amtes Rendsburg zur Nordsee. Der sechste Punkt war die Frage des Hoheitsrechts über die Eider als Grenzfluss.

Das Problem Fehmarn

Man setzte die Verhandlungen am östlichen Ende des strittigen Gebiets an - und stieß dort gleich auf das erste große Problem, nämlich die Zugehörigkeit der Insel Fehmarn.¹² Die dänische Vertretung sah hier überhaupt keinen Diskussionsbedarf, weil die Zugehörigkeit der Ostseeinsel zu Schleswig schon durch den Vergleich von Odense 1579 festgelegt und dies in der Landesteilung von 1581 bestätigt worden war.¹³ Demnach war die Insel wie Schleswig Lehen der dänischen Krone, zunächst zwar eigenständig neben diesem genannt, aber nach den gleichen Regeln organisiert. So war es auch 1435 beim Frieden von Vordingborg als Land der dänischen Krone genannt worden. Außerdem habe Fehmarn

vor seiner Eroberung durch Waldemar II. nie den holsteinischen Grafen unterstanden, sondern sei im Gegenteil schon früher dänisch besetzt und christianisiert worden. Der Kieler Professor Ravit argumentierte jedoch - auch unter Berufung auf Falcks staatsbürgerliches Magazin - anders: Demnach hatte Fehmarn „als eine Pertinenz von Wagrien“ ursprünglich zu Holstein gehört, dessen Grafen es 1225 von Waldemar II. zurückerobert hatten. Fortwährende Streitigkeiten hätten damit geendet, dass König Christopher II. die Insel 1328 als rechtes Erblehen an den Grafen Johann den Mildern abgetreten habe, wonach sie fortwährend zu Holstein gehörte. Die administrative Verbindung mit Schleswig war demnach ein eher beiläufiges Resultat der Landesteilungen von 1544 und 1581, die jedoch die staatsrechtliche Verbindung mit Holstein nicht angetastet hätte.

Dem widersprach die dänische Seite allerdings mit dem oben genannten Vergleich und dem Hinweis darauf, dass die Insel nach dem Aussterben des Mannesstamms Johanns des Mildern 1397 an den schleswigschen Herzog Gerhard gekommen sei, das Hoheitsrecht der dänischen Krone bei den weiteren Streitigkeiten jedoch nicht angetastet worden sei. Schließlich verwies die dänische Seite auf die Tatsache, dass Frederik VI. nur für Holstein und Lauenburg 1815 in den Deutschen Bund eingetreten war, wobei Fehmarn ausgenommen blieb, eben weil es zu Schleswig gerechnet wurde. Die fehmarische Frage zog sich durch den gesamten Verlauf der Verhandlungen hin, ohne dass hierüber eine wirkliche Einigung erzielt werden konnte. Schon hier zeigte sich die Unvereinbarkeit der Standpunkte, wenn man mit vermeintlichen „historischen Rechten“ für den Besitz eines Territoriums argumentierte, weil sich diese zum einen widersprachen und zum anderen längst andere Verhältnisse als zur Zeit ihrer Ausstellung herrschten.

Kieler Förde, Levensau und Obereider

Etwas weniger schwierig als in der fehmarischen Frage gestalteten sich die Verhandlungen über den östlichen Abschnitt der Festlandsgrenze zu. Doch gab es auch hier ein Problem: Die deutsche

Seite sah die holsteinsche Grenze ab Holtenau am Westufer der Kieler Förde, während die dänische Seite von der Mitte des Gewässers ausging. Dabei berief die deutsche Seite sich allerdings hauptsächlich auf kommunale Rechte der Stadt Kiel, deren Ausstellung allerdings schon sehr lange zurückgelegen hatte. So hatte der schleswigsche Herzog Waldemar V. 1334 der Stadt Kiel ein Privileg ausgestellt, nach dem deren Bewohner die nordwestliche Küstenstrecke benutzen durften. Das erachtete die dänische Seite mitnichten als Aufgabe von Hoheitsrechten, zumal es noch in späteren Zeiten Streitigkeiten zwischen der Stadt und der königlichen Zentralregierung - vertreten durch die Deutsche Kanzlei in Kopenhagen - wegen der Tragweite der Kieler Hafenprivilegien gegeben hatte.¹⁴ Daher sah man hier die Hoheit der Krone wie auch die ursprüngliche Grenze in der Mitte der Außenförde unangetastet.

Schneller einig wurde man sich im Gebiet zwischen Kiel und Rendsburg. Zwar hatte Ravit versucht, die vermeintliche Zugehörigkeit des Gutes Warleberg bei Gettorf zu Holstein darzulegen, doch gab er dies schnell wieder auf. Einigkeit herrschte auch bei der Zugehörigkeit einer kleinen holsteinischen Exklave bei Sehestedt nördlich und einer schleswigschen - etwas östlich davon - südlich des Eiderkanals.¹⁵ Hier anerkannten beide Seiten den ursprünglichen Lauf der Obereider an. An eine praktischere Lösung, also an den Grenzverlauf im Kanal dachte man hingegen nicht; lediglich das historische Argument zählte.

Das Hauptproblem Rendsburg

Die schwierigste Frage war jedoch die Stellung der Stadt Rendsburg. Wie kein anderer Ort war die Stadt an der Eider ein Grenzfall. Deshalb nahm die Rendsburgfrage eine zentrale Stellung in den Verhandlungen von 1851 ein. Die deutsche Seite sah in der Nordgrenze des Amtes Rendsburg die holsteinische Grenze, während die dänischen Kommissionsmitglieder diese im südlichen Eiderarm festsetzte. Zu ihrer Begründung führte die dänische Seite die ältestmöglichen Quellen an, nämlich zum einen den (verlorenen)

Vertrag zwischen Knud dem Großen und Kaiser Konrad II. 1027/28, wonach die Eider die Grenze zwischen beiden Reichen darstellen sollte, zum anderen sogar Saxo Grammaticus, nach dem die Eiderisiel angeblich zuerst von Norden besiedelt worden war. Erst als Waldemar II., um aus seiner Gefangenschaft herauszukommen,¹⁶ die Insel mit der ursprünglichen Burg an den holsteinischen Grafen abtreten musste, konnte dieser die holsteinische Stadt Rendsburg gründen.¹⁷ Bei der Landesteilung von 1544 waren Stadt und Amt Rendsburg Herzog Hans dem Älteren zugeschlagen worden, wobei die schleswigschen Dörfer Kämpen,¹⁸ Borgstedt und Lehmbeck hinzukamen. Als diese Besitzungen 1581 königlich wurden, kamen das schon vorher königliche Fockbek und Nübbel hinzu, auch erhielt Rendsburg ein nördlich der Eider gelegenes Stadtfeld. Doch blieben diese schleswigsch, auch als Rendsburg zur zweitstärksten Festung der dänischen Krone ausgebaut wurde. 1778 wurde die Zugehörigkeit zum Amt Rendsburg erneut festgestellt, gleichzeitig auch die Zugehörigkeit zum Herzogtum Schleswig. Die Festung als solche sollte unbedingt unter der Hoheit der dänischen Krone stehen.¹⁹

Für die deutsche Seite war Rendsburg von jeher holsteinisch. Nach ihrer Auffassung hatte Knud VI. die ursprüngliche Burg erst um 1200 erobert, so dass die Rückgabe durch seinen Bruder und Nachfolger Waldemar 11. nur eine logische Konsequenz war. 1252 sei die Siedlung mit der Burg auch rein juristisch holsteinisch gewesen, noch bevor sie 1260 vom Schleswiger Herzog an den Grafen verpfändet wurde. Demnach war auch der nördlich der Eider gelegene Rendsburger Besitz holsteinisch, zumal Alt und Neu Büdelsdorf von Beginn an zur Burg gehört hätten. Auch hier lagen die Positionen weit auseinander. Der deutsche Standpunkt setzte Amts- und Landesgrenze auf Kosten des nördlichen Herzogtums weitgehend gleich, forderte zumindest aber Alt- und Neu Büdelsdorf. Die dänische Position war gleichbedeutend mit einer staatsrechtlichen Teilung der Stadt und Festung, denn die Zugehörigkeit des südlich des Flusses gelegenen Neuwerks zu Holstein wurde nicht bestritten. Beide Seiten nahmen wenig Rücksicht darauf, dass

es in der Praxis längst anders gehandhabt wurde. Die Stadt Rendsburg war in juristischer Hinsicht dem holsteinischen Obergericht zugeordnet, und seit 1834 entsandte man als vierter städtischer Wahldistrikt in Holstein einen Abgeordneten in die Itzehoer Ständeversammlung. Ebenso gehörten die nördlichen Nachbardörfer zum schleswigschen Obergericht und zu einem Landwahlkreis der Schleswiger Ständeversammlung.²⁰

Im Fall der Stadt Rendsburg spielten mit Sicherheit auch strategische Überlegungen eine Rolle. Welche militärische Bedeutung die Stadt immer noch hatte, hatte nicht zuletzt die Einnahme der Festung durch den Prinzen von Noer am 24.3.1848 gezeigt.²¹ Aus deutscher Sicht war sie die Festung gegen Norden, aus dänischer Sicht gegen Süden, zumal sich hier der bei weitem wichtigste der nicht eben zahlreichen Übergänge über Eider und Kanal befand.²² Schließlich beließ man es beim Status quo, indem die oben genannten juristischen und parlamentarischen Verhältnisse zur Grundlage gemacht wurden. Dies wurde 1 1/2 Jahre später bekräftigt, indem man die genannten sechs nördlich der Eider gelegenen Dörfer vom Amt Rendsburg löste und sie dem schleswigschen Amt Hütten unterstellte.²³ Das strategische Problem wurde dadurch entschärft, dass die Festungsanlagen in den Folgejahren geschleift wurden. Waren die Verhandlungen 1851 bei diesem schwierigsten Problem noch zu keinem Ergebnis gekommen, fand man später eine pragmatische Lösung.

Der Westen und das Flussbett der Eider

Überraschenderweise gab es auch am Unterlauf der Eider noch Stoff für Konflikte. So hielt die deutsche Delegation die Landschaft Stapelholm für einen Teil Holsteins, weil diese am 12.5.1260 von Herzog Erich auf deren Druck hin an die holsteinischen Grafen verpfändet worden war, nach Dokumenten des 16. Jahrhunderts aus mehreren Geestinseln bestehend vollständig von den Armen der Eider umschlossen war und nicht zuletzt von einer „entschieden sächsischen“ Bevölkerung bewohnt wurde. Die dänischen Vertreter bezweifelten jedoch zum einen die Gültigkeit der Pfandur-

kunde und verwiesen zum anderen darauf, dass der Herzog immer noch Lehnsmann des dänischen Königs gewesen war und die Verpfändung höchstens privatrechtlichen Charakter gehabt haben konnte. Außerdem hatte die Landschaft von jeher zum Schleswiger Domstift gehört und - wie 1587 bestätigt - ganz und gar außerhalb des Deutschen Reiches gelegen. Das Argument, dass ein früherer Nordarm der Eider die Grenze gebildet haben soll, wies die dänische Vertretung mit dem Hinweis zurück, dass nach dieser Logik auch das früher als Inseldreilande zwischen den Mündungsarmen der Eider gelegene Eiderstedt zu Holstein hätte gehören müssen, was die deutsche Seite allerdings - zu Recht - nicht beansprucht hatte.²⁴

Schließlich gab es noch das grundsätzliche Problem der Eidergrenze. Da der Fluss in Holstein entsprang, sah die deutsche Seite ihn als rein holsteinisch an.²⁵ Demnach war das Nordufer die Grenze, woraus man in den genannten Beispielen schloss, dass der jeweils nördlichste Arm für den Verlauf entscheidend war. Die dänische Delegation ging selbstverständlich von der Mitte des Flusses aus.

Konklusion

Die Grenzverhandlungen endeten schließlich am 3. Dezember 1851 ohne Übereinkunft, weil die Positionen in vielen Punkten weit auseinander lagen und die deutsche Delegation ohnehin nicht beschlussfähig war. Damit blieb die Grenzfrage unentschieden.²⁶

Von der kleinen Amtsreform hinsichtlich der schleswigschen Dörfer des Amtes Rendsburg abgesehen, passierte bis 1864 nichts mehr in der Grenzfrage, erst recht nicht an Elbe und Königsau. Und selbst diese einzige Grenzvereinfachung wurde noch in Frage gestellt, als die Mehrheit der holsteinischen Ständeversammlung 1863 ihre Rücknahme forderte.²⁷

Obwohl sich die Zeiten längst geändert hatten und der allgemeine Modernisierungsprozess neue und klare administrative Verhältnisse forderte, zeigte es sich bei den Verhandlungen von 1851, dass die meisten Verantwortlichen noch immer tief der Logik des „histo-

rischen Rechts“ anhängen. Diese Absurdität zeigte sich besonders im Fall Rendsburg, wo von beiden Seiten die Eiderinsel vor ihrer Besiedlung zum Ausgangspunkt der Argumentation gemacht wurde - die Tatsache missachtend, dass sich auf dieser wie am Südufer seit Jahrhunderten eine vergleichsweise große Stadt befand.

Die an den Verhandlungen beteiligten Experten waren ebenfalls nicht um Neutralität bemüht, sondern suchten jeweils das für ihre Seite Beste aus den Verhandlungen zu ziehen. Somit waren es ausschließlich politische Verhandlungen und keine „wissenschaftlichen“. Je nach Bedarf war das ältere oder neuere Recht angeblich gültig, wenn mehrere Dokumente im Widerspruch zueinander standen, was durch den Lauf der Geschichte natürlich oft der Fall war.

Obwohl die Grenze zwischen den Herzogtümern Schleswig und Holstein die Nordgrenze des Deutschen Bundes war, war ihre praktische Bedeutung bis dahin recht gering gewesen - wie überhaupt die meisten europäischen Grenzen bis dahin bestenfalls administrative oder zolltechnische Funktionen hatten; dies galt für Staatsgrenzen ebenso wie für Trennlinien zwischen kleinen Fürstentümern, Ämtern oder Kirchspielen.²⁸ Dies galt ebenso für die Elb- wie für die Königsaugrenze.²⁹ Erst die Bildung größerer und vereinheitlichter Nationalstaaten ab dem 19. Jahrhundert machte die Ziehung strikt trennender Staatsgrenzen möglich und nötig, und das betraf den gesamten Kontinent. Dadurch wurden vielerorts neue Konflikte geschaffen und bestehende weiter angefacht.

Das Scheitern der Verhandlungen von 1851 und die Tatsache, dass das Scheitern keine direkte Verschärfung des Konflikts nach sich zog, zeigen, dass die Festlegung strikter Grenzen zu diesem Zeitpunkt angesichts der gegebenen Machtverhältnisse noch nicht akut war. Doch die Verhandlungen zeigten deutlich, wie unversöhnlich sich die widerstreitenden Positionen gegenüberstanden. Für die dänische Seite ging es um weit mehr als für die deutsche: Nach ihrem Verständnis bildete die Eider die Südgrenze Dänemarks und hatte daher auch mental eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Dies galt teilweise noch bis in die Zeit nach 1945, nur war dieses Ziel zu keiner Zeit zu erreichen gewesen. Und es ging 1851 um die

Unabhängigkeit gegenüber dem Deutschen Bund! Nach dem damaligen deutschen Nationalverständnis hingegen ging es bestenfalls um die vorübergehende Festlegung der Nordgrenze des Deutschen Bundes, so dass man diese Verhandlungen weniger ernst nahm. Die Nordgrenze des künftigen Nationalstaats sollte nicht die Grenze zwischen Schleswig und Holstein sein. Nichtsdestoweniger waren die gescheiterten Verhandlungen von 1851 der Auftakt einer Entwicklung, die im Zuge der Herausbildung des deutschen und dänischen Nationalstaats die Ziehung einer scharfen Grenze im Norden 1864, deren Verschiebung nach den Mehrheitsentscheidungen von 1920 und die neue Infragestellung derselben nach 1945 zur Folge haben sollte. Erst die Kieler Erklärung von 1949 und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 setzten den Schlusspunkt unter diese Entwicklung und bildeten den Auftakt zu einem neuen Grenzverständnis: Statt Verschiebung, „Regulierung“ oder Neuziehung der Grenze wurde nun deren schrittweise Überwindung durch gegenseitige Wiederannäherung zur Maxime deutsch-dänischer Grenzpolitik, deren jüngster Höhepunkt das Inkrafttreten des Schengen-Abkommens am 25. März 2001 ist. Ob die Grenze zu ähnlich geringer Bedeutung herabsinken wird, wie es bis 1851 der Fall war, wird die Zukunft zeigen.

Anmerkungen

- 1 Am 5. Juni 1849 erhielt Dänemark erstmals ein Grundgesetz. Dieses führte u.a. eine grundlegende Veränderung des Regierungssystems mit sich. Statt der alten, schwerfällig arbeitenden Zentralbehörden wie Rentekammer, Dänischer und Schleswig-Holstein-Lauenburgischer Kanzlei gab es von nun an eine Regierung mit Fachministern (ab 1851 auch einem Minister für Schleswig, ab 1852 einem Minister für Holstein und Lauenburg), in der die Nationalliberalen bis 1864 zumeist tonangebend waren. Überhaupt wurden liberale und demokratische Prinzipien in einem für die damalige Zeit recht weitgehenden Maße verankert. Der 5. Juni ist noch heute der dänische Nationalfeiertag.
- 2 Der Bericht - Hauptquelle der folgenden Abhandlung - liegt in ge-

drucker Form sowohl im dänischen Original als auch in einer zeitgleich oder unmittelbar danach herausgegebenen deutschen Übersetzung vor, die mit ersterem inhaltlich übereinstimmt. Offenbar sind die Verhandlungen von 1851 sehr schnell wieder in Vergessenheit geraten. Die sehr aufschlussreiche Quelle ist in der dem Verfasser bekannten Forschungsliteratur bislang nicht ausgewertet worden. Auch wenn die dänischen Verfasser natürlich ihre Position darstellen, wird die Argumentation beider Seiten ausführlich und gut nachvollziehbar dokumentiert: Beretning om Grændseregulerings-Commissionens Forhandlinger i Rendsborg 1851, fra de danske Grændseregulerings-Commissairer. Kopenhagen 1851. - Bericht über die Verhandlungen der Grenzregulierungscommission in Rendsburg 1851, von den dänischen Grenzregulierungscommissarien. Kopenhagen 1851. Der Einfachheit halber wird hier die deutsche Ausgabe zitiert.

- 3 Hansen, Reimer: Die Nordgrenze Deutschlands im Lauf der Geschichte, in: Grenzfriedenshefte 1/1990, S. 12.
- 4 Becker-Christensen, Henrik: Die Königsau als Zollgrenze im 17. und 18. Jahrhundert, in: Geschichte Schleswigs. Vom frühen Mittelalter bis 1920. Red. v. dems. und Ulrich Lange. Apenrade 1999, S. 83 f.
- 5 Ebenda S. 87 oben.
- 6 Dabei handelte es sich um Stadt und Birk Ripen, die westliche Loeharde mit den Birken Ballum und Mögeltondern und die Insel-distrikte Amrum, Westerland-Föhr, Listland- Sylt und Südröm, ferner Mandö.
- 7 Rerup, Lorenz: Europa in seinen Regionen. Schleswig-ein europäisches Beispiel für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte, in: Grenzfriedenshefte 2/1993, S. 84.
- 8 Wie entscheidend die internationale „politische Großwetterlage“ für einen vergleichsweise kleinen Staat wie Dänemark war, sollte sich 1863/64 zeigen, als man völlig isoliert war. Wie allgemein bekannt musste die Kopenhagener Regierung nicht nur die neue Verfassung für Dänemark und Schleswig - als Widerspruch zum Londoner Vertrag von 1852, mit dem die Fortexistenz des Gesamtstaats bestimmt worden war, offizieller Anlass des preußisch-österreichischen Einmarsches - zurücknehmen, sondern vor allem den Totalverlust der Herzogtümer hinnehmen.
- 9 An dieser Stelle sei bemerkt, dass die Bevölkerung wie auch die

- hier noch immer tonangebende Ritterschaft in Lauenburg während der Regierungszeit Frederiks VII., ja sogar zum großen Teil noch während der späteren dem preußisch-österreichischen Einmarsch vorausgehenden Bundesexekution im Dezember 1863, im Gegensatz zu Holstein eine weitgehend loyale Haltung König und Gesamtstaat gegenüber an den Tag legte. Vgl. u.a. Vries, Jürgen de: Bismarck und das Herzogtum Lauenburg. Die Eingliederung Lauenburgs in Preußen 1865-1876. Neumünster 1989, S. 40.
- 10 Chronologische Sammlung der im Jahre 1851 ergangenen Verordnungen, Verfügungen etc. für das Herzogthum Schleswig. Schleswig 1855, Nr. 23, S. 40 f.
 - 11 Bericht über die Verhandlungen der Grenzregulierungscommission in Rendsburg 1851, von den dänischen Grenzregulierungscommissarien. Kopenhagen 1851, S. 5.
 - 12 EbendaS. 12-13.
 - 13 EbendaS. 18 f.
 - 14 EbendaS. 23 f.
 - 15 EbendaS. 31-32.
 - 16 Waldemar II. war gemeinsam mit seinem gleichnamigen Sohn während der Jagd auf der Insel Lyø von seinem Vasallen, Graf Heinrich II. von Schwerin, gefangen genommen worden. Darauf brach die von ihm errichtete dänische Vorherrschaft im Ostseeraum zusammen. Auch der holsteinische Graf konnte sich aus der Vasallenschaft lösen.
 - 17 Bericht über die Verhandlungen der Grenzregulierungskommission, S. 34.
 - 18 Das Dorf fiel dem Ausbau der Festung zum Opfer, die Kirche wurde nach Hohn verlegt, wobei Nübbel und Fockbek allerdings vom Kirchspiel getrennt und zur neuen Rendsburger Garnisonkirche (Christuskirche) eingepfarrt wurden.
 - 19 Bericht über die Verhandlungen der Grenzregulierungskommission, u.a. S. 7.
 - 20 EbendaS. 51.
 - 21 Der Bruder des Herzogs Christian August von Augustenburg hatte sich der am Vortag in Kiel gebildeten Provisorischen Regierung der Herzogtümer angeschlossen. Die Überrumpelung der Festung Rendsburg durch die von ihm geführten Verbände brachte die politischen Wirren dieser Tage zur Eskalation und war der Beginn des dreijährigen Bürgerkrieges.
 - 22 Als Beispiel für die verbreitete eiderdänische Position bezüglich

- Rendsburgs sei ein Artikel der Hadersiebener Zeitung Dannevirke 1851, Nr. 54, S. 2 genannt. Darin wird die Eiderstadt unverhohlen als „den sydligste danske Kjøbstad“ bezeichnet.
- 23 Chronologische Sammlung der im Jahre 1853 ergangenen Verordnungen, Verfügungen etc. für das Herzogthum Schleswig. Schleswig 1854, Patent vom 16. März 1853. Borgstedt und Lehmbek kamen wie ihr Kirchdorf Bünstorf zur Hüttener Harde, die vier westlichen Dörfer zur Hohner Harde. Ausführlicher hierzu Schlaber, Gerret: Verwaltungsreformen in Schleswig und Holstein 1851-63/64. Magisterarbeit Kiel 1997, S. 22.
 - 24 Bericht über die Verhandlungen der Grenzregulierungskommission, S. 67.
 - 25 Ebenda S. 77.
 - 26 Ebenda S. 85.
 - 27 LAS 56, Nr. 430.
 - 28 Ein Beispiel für die Bedeutung der Grenzen unterer Verwaltungseinheiten zeigt sich in der Entstehung des ersten Flensburger Siedlungskerns St. Johannis. Der Wasserlauf Scherrebek (später schlicht als Mühlenstrom bekannt) bildete hier die Grenze zwischen der Wies- und der Husbyharde; die am Übergang des Handelsweges zwischen Nordfriesland und Angeln angelegte Zollstelle. Vgl. Schütt, Hans-Friedrich: Flensburg im Mittelalter, in: Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt. Hrsg.v. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte. Flensburg 1966, S. 18.
 - 29 Der Darstellung Hoffmanns, dass die Königsaugrenze seit dem Mittelalter immer mehr an Bedeutung gewann, während die Eidergrenze verwischte, muss daher zumindest teilweise widersprochen werden. Vgl. dazu Hansen: Die Nordgrenze Deutschlands, S. 26.

Oeversee - Gedenken als lebendige Traditionspflege

von *LOTHAR HAY*

Am 6. Oktober 1864 wurden im Gefecht bei Oeversee 600 dänische und österreichische Soldaten getötet oder verwundet. Zum Gedenken an die Kriegsoffer findet alljährlich am 6. Februar der „Oeversee-Tag“ statt, der durch ein „Stammkomitee von 1864“ organisiert wird. Mit einem Gedenkmarsch wird zudem die ethische Haltung Flensburger Kaufleute gewürdigt, die nach der Überlieferung mit Pferdewagen zu dem zehn Kilometer entfernten Schlachtfeld zogen, um die Opfer beider Seiten zu bestatten und zu versorgen.

Der „Oeversee-Tag“ des Jahres 2001, an dem rund 400 Personen teilnahmen, war in doppelter Hinsicht bemerkenswert: Zum ersten Mal fand die deutsche Traditionsveranstaltung unter dänischer Beteiligung statt, der Danebrog wehte neben deutschen und österreichischen Fahnen unter dem Denkmal für die gefallenen Österreicher. Und zum ersten Mal hielt mit Lothar Hay ein Vorsitzender des Grenzfriedensbundes die zentrale Ansprache beim „Oeversee-Tag“. Wir geben im Folgenden den Text der Ansprache im Wortlaut wieder.

Die Redaktion

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung, am heutigen Oeversee-Tag einige Gedanken zu dem historischen Ereignis, aber auch zur aktuellen Situation zu äußern.

Beim Quellenstudium über die Ereignisse vom 6. Februar 1864 ist mir aufgefallen, dass weder Fontane in seinem Buch „Der Schleswig-Holsteinische Krieg im Jahre 1864“ oder Hoffmann in seinem Werk „Schleswig-Holsteinischer Befreiungskrieg 1864“ noch A. Tinius in der „Geschichte des Krieges gegen Dänemark“ den Marsch der Flensburger Bürgerinnen und Bürger unter übelsten Witterungsbedingungen nach Oeversee erwähnen. Fontane be-

schreibt lediglich die Verbringung der Verwundeten nach Schleswig und die dortige Pflege. Bei allen drei Autoren finden wir eine mehr oder weniger heroische Beschreibung des auf allen Seiten so verlustreichen Nachhutgefechtes. Das ist für ihre Zeit sicher eine angemessene Beschreibung. Für den heutigen Leser sind Heldentum und nationale Glorie aber Begriffe, mit denen er sich kaum oder gar nicht identifizieren kann.

Wir können uns jedoch mit dem identifizieren, was die Flensburger Bürger seinerzeit bewegt hat, und ihr selbstloses Handeln nachvollziehen. Heute würden wir die Menschen eine „Bürgerinitiative“ nennen. Das Jahr 2001 ist das „internationale Jahr der Freiwilligen“. Die Politik hat aber nicht nur in diesem Jahr die Pflicht, die Bürgergesellschaft zu fördern und zu unterstützen. Der Staat kann, soll und darf zudem nicht alles machen und machen wollen. Unsere Gesellschaft lebt von dem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger auch unter widrigen Bedingungen und auch mit persönlichen Opfern. Das ist einer der sozialen Werte, auf die wir stolz sein können.

Freiwillige, ehrenamtlich tätige Menschen sind heute auf allen Ebenen aktiv:

- Sie organisieren eine Seniorenweihnachtsfeier in ihrem Dorf, bauen einen Jugendtreff im Stadtteil auf oder engagieren sich in Gewerkschaften und Handwerksinnungen.
- Krankenpfleger oder Ingenieure opfern ihren Jahresurlaub, um in Entwicklungsländern und Krisengebieten zu arbeiten.
- Beim THW, den Ärzten ohne Grenzen oder dem DRK helfen Freiwillige bei Naturkatastrophen, wie jetzt in Indien.

Das sind Vorbilder. Und was die jungen Menschen im Lande betrifft, so ist es einfach nicht wahr, dass sich abseits stehen und „Null Bock“ haben. Am 27. Januar erlebten wir, wie landesweit Schülerinnen und Schüler gegen den Rechtsextremismus protestierten und dabei manchen Erwachsenen beschämten. Erinnern möchte ich auch an die Aktion „Schüler helfen Leben“, die mit ihrer freiwilligen Arbeit im vergangenen Jahr 4,5 Millionen Mark zusammenbrachte. Damit kann die Arbeit im ehemaligen Jugoslawien

weitergeführt und können neue Projekte begonnen werden mit dem Ziel, Hass zu überwinden.

Die soziale Bürgergesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Menschen in ihr selbstbestimmt leben und wenn sie freiwillig Verantwortung übernehmen, für sich selbst, für ihre Familien und andere. Nach wie vor muss jeder, der sich freiwillig engagiert, eine gehörige Portion Idealismus, viel Kraft, Zeit und nicht selten auch Geld mitbringen.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank an das Stammkomitee von 1864 richten, das alljährlich diesen Tag organisiert und durchführt. Es ist kein nationalistisches, heroisches oder verklärtes Denken an die „Helden“, sondern eine lebendige Traditionspflege, die in die Zukunft gerichtet ist. Dabei will ich ausdrücklich die Bemühungen loben, die dänische Seite zu beteiligen, sie in das Geschehen einzubeziehen. Dieses ist positiv zu bewerten, ganz im Sinne der Aktion Flensburger Bürger am 6.2.1864.

Ich freue mich, dass nach 136 Jahren am 18. April des vergangenen Jahres erstmals Dänen und Deutsche gemeinsam Kränze auf der Düppeler Höhe niederlegten und gemeinsam des Geschehens gedachten. Am 25. Juni 2000 fand dann erstmals auch eine gemeinsame Idstedt-Feier statt. 150 Jahre waren vergangen. Der dänische Generalkonsul Dr. Henrik Becker-Christensen sagte dabei in seiner Ansprache, dass die Teilnahme keinen Automatismus darstelle und keine Dauereinrichtung sei. Aber bei besonderen Anlässen sei man gern mit dabei — ein Wandel, der für die Zukunft hoffen lässt.

Die Situation im Grenzland ist gekennzeichnet durch eine relativ feste Oberfläche unter der es aber immer noch vulkanische Aktivitäten gibt. Oeversee, Idstedt und Düppel sind keine rückwärts gerichteten geschichtlichen Symbole, sondern historische Ereignisse, aus denen wir Lehren ziehen müssen. Wer den Frieden will, kann nicht Menschen wegen ihrer Nationalität, Sprache oder Kultur unterdrücken. Frieden heißt, dass Menschen unterschiedlicher Nationalität nebeneinander und miteinander leben, bei gegenseitiger Achtung und Toleranz.

Wenn am 25. März die Grenze nach dem Schengener Abkommen zwischen Dänemark und Deutschland praktisch nicht mehr existiert, ist ein gewaltiger Schritt getan, an den vor 25 Jahren niemand gedacht hat. Jetzt muss es unsere Aufgabe sein, die Grenzen in den Köpfen der Menschen abzubauen. In der Grenzregion gibt es inzwischen sehr viele positive Ansätze des gemeinsamen Handelns. Zum Beispiel die Schaffung der Grenzregion Sønderjylland/Schleswig, die Bemühungen um einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, gemeinsame INTERREG- Programme mit drei dänischen Amtskommunen und schließlich die besiegelte Partnerschaft zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Amt Sønderjylland.

Bei allen Bemühungen um Zusammenarbeit dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass die Vergangenheit Wunden geschlagen hat, Wunden hinterlassen Narben, die an die Wunden erinnern, auch wenn sie nicht mehr offen sind. Im Grenzgebiet leben wir im gegenseitigen Respekt zusammen. Minderheiten wollen nicht vereinnahmt, assimiliert werden. Kultur, Sprache und Lebensart, darüber definieren sich Minderheiten. Nur so ist ein friedliches und freundschaftliches Nebeneinander möglich. In Dänemark und in Deutschland gilt: Wer Däne sein möchte oder Deutscher, das bestimmt er allein für sich. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit regelt sich nicht durch staatliches Handeln.

Die Schlachten sind geschlagen, sie gehören der Vergangenheit an. Die NATO- Partner Dänemark und Deutschland waren in der dänischen Jütland-Division und der 6. Panzergrenadierdivision Schleswig-Holstein in einem gemeinsamen NATO- Korps vereint. Jetzt gibt es ein dänisch-polnisch-deutsches Korps. Eine Einrichtung, die vor 10 Jahren die meisten Menschen für unmöglich gehalten hätten. Hier hat sich eine neue militärische Tradition entwickelt, die aus ehemaligen Gegnern Verbündete machte, aus denen vielleicht einmal Freunde werden. Auf diese neue Tradition sollten wir aufbauen, ohne das Vergangene zu vergessen. Wer nicht aus seiner eigenen Geschichte heraus lebt, ob positiv oder negativ, der hat die Zukunft verloren.

Das gilt auch oder ganz besonders für das Gefecht von Oeversee und den mutigen Marsch und die hochherzige Hilfe der Flensburger Bürger. Das humanitäre Handeln Flensburger Bürger sollte uns auch heute noch Mahnung sein im stillen Gedenken an die Menschen unterschiedlicher Nationalität, die hier ihr Leben ließen. Friede ernährt, Unfriede verzehrt.

Das Schicksal der dänischen Grenzgendarmen in deutschen Konzentrationslagern 1944/45[†]

von *HENRIK SKOV KRISTENSEN*

Als die erste internationale Übersicht über das deutschbesetzte Europa im Jahre 1954 aus der Reihe „Survey of International Affairs“ unter dem Titel „Hitler's Europe“ erschien, hieß es in einer immer wiederkehrenden Redewendung „except Denmark“, also „ausgenommen Dänemark“. Mit anderen Worten: Dänemark war zwar ein besetztes Land - jedoch unter ganz besonderen Bedingungen, verglichen mit den anderen von Deutschland besetzten Staaten. Die ganz zentrale Regelung, die bei fast allen Fragen im okkupierten Dänemark dominierend im Hintergrund stand - ja, sie wurde sogar zu einem entscheidenden Faktor für einen dänischen Staatsbürger in einem weit entfernten KZ-Lager in Deutschland - war die sogenannte „Regelung des 9. April“, die Regelung zwischen der deutschen Besatzungsmacht und der dänischen Regierung.

Um also - dies gilt nicht zuletzt für Ausländer - die verschiedenen Aspekte der Deportation der dänischen Grenzgendarmen verstehen zu können, ist es unumgänglich, dass diese 9. April-Regelung und ihre Konsequenzen kurz skizziert werden.

Als Dänemark am 9. April 1940 von Deutschland überfallen wurde, ergab sich die dänische Regierung nach kurzem Kampf und nahm

[†]Schon 1994 erinnerte Henrik Skov Kristensen in einem Beitrag in den Grenzfriedensheften an die Geschichte des dänischen Polizeigefangenenlagers in Frøslev. 1995 folgte zusammen mit Matthias Scharl eine Arbeit über die Deportation der Häftlinge in die deutschen Konzentrationslager Neuengamme und Dachau, die in einem gemeinsamen Sonderheft von Grenzfriedensbund, Historisk Samfund for Sønderjylland und dem Arbeitskreis Harrislee-Bahnhof auch in dänischer Übersetzung erschien.

das deutsche Ultimatum an. Das bedeutete, dass die Besetzung Dänemarks dem von Hitler vorgeschlagenen Muster entsprach. Sie wurde als „Friedensbesetzung“ definiert - oder richtiger: so genannt. Was mit „Friedensbesetzung“ genau gemeint war, wurde nie rechtlich festgelegt. Es wurde kein Vertrag über die Besetzung, die von der dänischen Regierung nur unter Protest angenommen wurde, geschlossen. Fest jedoch stand, dass Dänemark weiterhin als ein souveräner Staat, mit dem Deutschland nicht im Kriegszustand war, betrachtet wurde. Die verfassungsmäßigen Organe, König, Regierung und Reichstag konnten Weiterarbeiten, wenn auch mit Einschränkungen. Auch die militärischen Organe existierten weiter auf.

Für Deutschland war Dänemark noch Ausland. Deshalb wurde keine deutsche Verwaltung in Dänemark aufgebaut. Die deutsch-dänischen Beziehungen wurden in der alten Form aufrecht erhalten. Für Dänemark blieb das Auswärtige Amt zuständig, nicht die Wehrmacht und nicht die SS. Ganz zentral für diese Fiktion eines unabhängigen, selbständigen Dänemark war selbstverständlich, dass die Grenzbewachung in dänischer Hand verblieb. Dies bedeutete unter anderem, dass die blau-uniformierten dänischen Grenzgendarmen, die den Charakter eines militärisch aufgebauten Grenzpolizeikorps hatten, weiterhin ihren Dienst machten. Im Anschluss an eine kurzfristige Entwaffnung nach den Kämpfen am 9. April nahmen die Grenzgendarmen die Bewachung der Landesgrenze zu Deutschland wieder auf.

Im Sommer 1943 wuchs in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der Politik der dänischen Regierung. Und am 29. August 1943 kam es zum offenen Bruch zwischen Dänemark und der Besatzungsmacht, die den militärischen Ausnahmezustand erklärte. Das dänische Heer und die Marine wurden entwaffnet. Reichstag und Königsmacht wurden ihrer Befugnisse enthoben, und die Regierung trat zurück.

Wichtig ist aber, dass statt der Regierung die „Departementchefs“, das heißt die beamteten unpolitischen Staatssekretäre in den dänischen Ministerien die zivile Verwaltung übernahmen - und somit

also die neuen Verhandlungspartner des deutschen Reichsbevollmächtigten in Dänemark, SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best, wurden. Dieser war in Dänemark Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes.

Wenn man im herkömmlichen Sinne den Rücktritt der dänischen Regierung am 29. August 1943 als einen dezidierten Bruch mit der bisherigen Politik ansieht, ist dies nur eine bedingte Wahrheit. Deutschland blieb dabei, dass Dänemark weiterhin ein neutrales Land sei, mit dem sich Deutschland nicht im Krieg befand. Berlin sah Dänemark weiterhin als einen Spezialfall an.

Das Frøslev-Lager

Ein adäquater Ausdruck dieser fortgesetzten Verhandlungslinie war das Frøslev- Lager. Ich nenne dieses Internierungslager deshalb, weil es im Zusammenhang mit den Grenzgendarmen - die auch, nachdem die Regierung zurückgetreten war, die dänisch-deutsche Grenze bewachten, so wie auch die dänische Polizei weiterhin tätig war - eine zentrale Rolle spielen sollte.

Vor dem Hintergrund von Deportationen von Hunderten dänischer Staatsbürger in KZ-Lager und Zuchthäuser in Deutschland im Herbst 1943 machte die dänische Ministerialverwaltung gegenüber Dr. Best den Vorschlag, dass ein Internierungslager auf dänischem Boden errichtet werden sollte. Dadurch hoffte man, dass die Deportationen nach Deutschland verhindert werden könnten und dass die schon deportierten Dänen in dieses Lager zurückgeführt würden. Dr. Best akzeptierte die Idee im Januar 1944, und im August desselben Jahres war dann das Frøslev-Lager dicht an der dänisch-deutschen Grenze fertig gestellt.

Das Lager wurde vom dänischen Staat bezahlt, Bauherr war die deutsche Besatzungsmacht. Das Lager unterstand dem Chef der deutschen Sicherheitspolizei in Dänemark. Die Kommandantur bestand aus SS-Angehörigen, die Wachmannschaften aus deutschen Schutzpolizisten. Verantwortlich für die Verpflegung im La-

ger war jedoch die dänische Gefängnisverwaltung - das Essen war sowohl gut als auch reichlich vorhanden. Es gab weder physische Misshandlungen noch Epidemien. Mit anderen Worten: Es war ein höchst außergewöhnliches „KZ-Lager“! Aber: Nur einen Monat nach der Einweihung des Frøslev-Lagers brachen die Deutschen die Basis für dessen Errichtung: Am 15. September 1944 wurden 200 Frøslev-Häftlinge nach Neuengamme deportiert. Dies war ein deutlicher Ausdruck dafür, dass sogar in Dänemark seitens der Besatzungsmacht mehr und mehr die eiserne Faust eingesetzt wurde. Die SS und die Wehrmacht gewannen gegenüber dem Auswärtigen Amt an Einfluss. Gerade die Furcht der Wehrmacht vor einer alliierten Invasion in Dänemark wurde die direkte Ursache für die Internierung der dänischen Polizei am 19. September 1944. Und - damit im Zusammenhang - die Internierung der dänischen Grenzgendarmen. Die Wehrmacht befürchtete, dass die beiden bewaffneten Korps mit einer Invasions-Streitmacht kooperieren würden.

Für die Grenzgendarmarie war es sehr kompromittierend gewesen, dass der Chef des Korps bei illegalen Aktivitäten mitgewirkt hatte. Im Mai 1944 versuchten die Deutschen ihn zu verhaften. Er widersetzte sich dieser Verhaftung und wurde nach einem mehrstündigen Feuergefecht getötet. Wir wissen jetzt, dass das Engagement des Chefs in der Widerstandsbewegung keineswegs auf das Korps als solches projiziert werden kann. Nichtsdestoweniger wurden 291 Mann der aus 337 Mann bestehenden Grenzgendarmarie interniert und in das Frøslev-Lager gebracht. Mehrere Grenzgendarmen stellten sich selber den Deutschen. Dies zeigt, dass man ein gutes Gewissen hatte und nur mit einer vorübergehenden Maßnahme rechnete.

Zum Vergleich kann angeführt werden: 2.000 dänische Polizisten wurden verhaftet. Dies war ungefähr ein Fünftel der Gesamtstärke. Ich möchte mich ein wenig bei den Polizisten aufhalten: Einerseits, weil das Schicksal der Gendarmen eng mit dem der Polizisten verbunden wurde - andererseits gab es trotzdem merkwürdige Unterschiede, wie wir feststellen werden. Etwa 1.700 der Polizisten

wurden umgehend nach Deutschland deportiert. Nach Neuengamme. Etwa 300 wurden vorerst im Frøslev-Lager interniert, aber am 25. September wurden auch diese nach Neuengamme geschickt. Der Aufenthalt in Neuengamme war nur von kurzer Dauer. Für beide Polizei-Gruppen etwa eine Woche. Danach wurden sie weiter nach Buchenwald deportiert. Hier hielten sie sich bis Ende Dezember 1944 auf, wonach sie ins Kriegsgefangenenlager Mühlberg an der Elbe überführt wurden. Die Polizisten erhielten somit den Status regulärer Kriegsgefangener.

KZ Neuengamme

Zurück zu den Grenzgendarmen. Diese hatten im Frøslev-Lager mit zugesehen, wie die Gruppe von ca. 300 Polizisten am 25. September in Richtung Süden geschickt worden war. Beruhigend wirkte zwar, dass die Deutschen gleich zu Anfang einige der Gendarmen aus dem Frøslev-Lager entließen, vorzugsweise Gendarmen, die älter als 50 Jahre waren. Doch am 5. Oktober kam der Schock. 141, genau die Hälfte der zurückgebliebenen Gendarmen im Lager, wurden für den Transport ausgesucht. Es waren vorzugsweise jüngere Gendarmen, aber besonders konsequent schien dieses wahrscheinliche Auswahlkriterium nicht beachtet worden zu sein. Während die 141 Gendarmen in einem Güterwagen auf dem Weg nach Neuengamme waren, wurden neun Gendarmen aus dem Frøslev-Lager entlassen. Diese merkwürdige deutsche Politik wurde weitergeführt: Während einige Gendarmen sich durch ein KZ-Leben hinschleppten, wurden die Entlassungen aus Frøslev fortgesetzt. Im November/Dezember 1944 konnten etwa 50 Gendarmen das Lager verlassen.

Als die 141 Gendarmen in Neuengamme ankamen, stießen sie auf Verhältnisse, die sich abgrundtief von denen in Frøslev unterschieden. Trotzdem war der Empfang der Gendarmen nach Neuengamme-Maßstäben „zivilisierter“ als bei anderen Häftlingen: Sie mussten zwar die obligatorische Entlausungs-Prozedur durch-

machen, aber durch die Intervention eines Gendarm-Hauptmanns, Kaptajn Madsen - dieser wurde offensichtlich ganz schnell zu eine Art Sprecher der Gendarmen -, wurden die Gendarmen bei der Kahlscherung ausgenommen. Und bekanntlich bedeuteten „wildwachsende“ Haare einen hohen Status in der KZ-Hierarchie. Die Ursache dafür, dass die Gendarmen dieser Erniedrigung entgehen konnten, war, dass sie als „Dänische Polizei“ bezeichnet wurden. Die Gendarmen wurden auch nicht am ersten Tag in Neuengamme verprügelt. Sie wurden im Block 11 einquartiert. Eine Episode in diesem Block am 8. Oktober - und nicht zuletzt die Reaktion der Gendarmen - zeigt, dass sie sich noch nicht der KZ-Mentalität angepasst hatten: Ein knochendürerer Häftling wurde vom Stubendienst vor den Blockältesten gezerrt und des Diebstahls von dem Brot eines Mithäftlings bezichtigt. Der Häftling bekam 25 Stockhiebe. Nach der Bestrafung fingten die geschockten Gendarmen an, mit dem Blockältesten die Billigkeit dieser harten Bestrafung zu diskutieren!

Am Morgen des 8. Oktober wurden die Gendarmen in Arbeitskommandos eingeteilt und hinausgeschickt, um den Bahnhof des Lagers aufzuräumen. In den folgenden Tagen wurden Gendarmen-Arbeitskommandos auch bei anderen Arbeiten im Lager eingesetzt. Zum Beispiel bei der Verlegung von Loren-Schienen, beim Verladen von Briketts, beim Steinehauen und bei Planierungsarbeiten für das Klinkerwerk. Die Vorarbeiter waren meistens umgänglich. In einem besonderen Fall erhielt ein Gendarm von einem SS-Mann völlig unmotiviert einige Schläge auf den Kopf - die übrigen Gendarmen wunderten sich dermaßen ... Um den 20. Oktober herum geschah eine ernsthafte Wandlung. Die Gendarmen wurden aus dem Block 11 in den Block 15 verjagt, der schon vorher mit Häftlingen aller Nationalitäten überfüllt gewesen war. Der Grund für die Verlegung war, dass die Gendarmen zu einem Arbeitskommando von ca. 1.000 Häftlingen abgestellt wurden, die eine Panzersperre in Oortkaten an der Elbe, etwa eine Stunde Zugfahrt vom Lager, graben sollten.

Diese Arbeit war viel furchtbarer als die früheren Tätigkeiten. Das

Grundwasser stand hoch, der fette Marsch-Boden rutschte ständig. Den ganzen Tag musste man in Morast waten, und es wurde nicht besser, als der Regen einsetzte, kalte Schneeschauer dazukamen und zum Schluss auch noch der Frost kam. Rechnet man die Transportzeit mit, war das Arbeitskommando von 4.30 bis 20.00 Uhr auf den Beinen. Die Suppe, die aus einer Volksküche in Hamburg stammte, war zwar besser als die Lagersuppe, und man bekam eine Zulage in Form von zwei Stück Brot mit wenig Margarine, aber fast jeden Abend mussten sie gleich nach der Ankunft zu erschöpfenden Abendappellen antreten - und danach folgten Luftalarme und Aufenthalte in den Schutzräumen. Oft bekamen sie kein Abendessen im Lager, weil dieses verschwunden war, wenn sie aus dem Schutzkeller kamen.

Die Arbeit in Oortkaten dauerte etwa einen Monat und setzte der Moral und der Gesundheit der Gendarmen hart zu. Die Ruhrkrankheit, Lungenentzündung und Phlegmone wüteten, besonders in der zweiten Monatshälfte. Sowohl in Oortkaten als auch in den Blöcken wurden Gendarmen von den Wachmannschaften geschlagen und getreten, und der Blockälteste wollte ihnen auch, wo er konnte, das Leben erschweren. Ein SS-Oberscharführer in Oortkaten brachte jedoch Sympathie für die Gendarmen auf, und bei diesem beklagten sie sich über die Behandlung. Eines Abends wurde der Blockälteste zur SS-Wache gerufen, und diese gab ihm 25 Stockschläge zur Bestrafung.

Der Hintergrund dieser wohl recht einmaligen Episode in Neuingamme war, dass der vorher genannte Kaptajn Madsen ein Verbot, die Gendarmen zu prügeln, bewirkt hatte. Als „dänische Polizei“ waren sie „anständige Leute“. Die freiwachsenden Haare der Gendarmen waren ohne Zweifel von großer Bedeutung. Sie wurden leicht erkannt, und somit war es möglich, das Aufrechterhalten des Prügelverbots zu kontrollieren.

Entscheidend für das physische und psychische Überleben der Gendarmen war auch der Empfang der ersten Rot-Kreuz-Pakete Ende Oktober 1944. Die Pakete hatten jeweils etwa denselben Nährwert wie die Lagerkost eines ganzen Monats. Aber nicht zu-

letzt die psychologische Wirkung, nicht vergessen und verlassen worden zu sein, war von unschätzbarem Wert. Trotz dieser Lichtpunkte deutet vieles darauf hin, dass die Zeit in Oortkaten für viele Gendarmen einen entscheidenden Bruch darstellte, der sie später das Leben kostete. Zwei starben während der Arbeit, während zehn in das Krankenrevier kamen. Aber die Gendarmen lernten es auch, sich den harten Bedingungen des Lagerlebens anzupassen. Sie lernten zum Beispiel die Abscheu gegen das Essen der Lagerkost zu überwinden. Und sie lernten, mit den Kalorien hauszuhalten.

Trotz der mentalen Anpassung deutet vieles darauf hin, dass der gegenseitige Zusammenhalt immer noch intakt war. Man findet nur ganz wenige Beispiele dafür, dass ein Gendarm im Kampf um das Überleben auf Kosten eines Kollegen handelte. Andererseits deutet nichts daraufhin, dass das Solidaritätsgefühl sich irgendwie erwähnenswert auf die übrigen Gefangenen erstreckte. Die Rot-Kreuz-Pakete versuchte man soweit wie möglich für sich selber zu behalten.

Transport

Das Ende der Arbeiten in Oortkaten bedeutete gleichzeitig das Ende des Aufenthalts des Großteils der Gendarmen im Stammlager. Am 18. November wurde der größte Teil der Gendarmen zu einem Transport zusammengestellt. Man bekam gestreifte Häftlingsanzüge anstelle der zivilen Lumpen, die man bei der Ankunft in Neuengamme erhalten hatte. 46 Gendarmen blieben jedoch im Stammlager - hauptsächlich die Schwächsten und die, die im Revier lagen. Es ist unklar, was der Hintergrund dieses Transports teils nach Alt Garge, teils nach Schandelah war.

Die deutsche Lagerleitung erklärte, dass es ein Versuch sei, die Lage der Gendarmen zu erleichtern. Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Kaltenbrunner, soll angeblich gegenüber dem Auswärtigen Amt erklärt haben, dass die dänischen Polizisten mittelfristig den Status der Kriegsgefangenen bekommen sollten.

Der Transport am 18. November kann somit als ein Ergebnis des Kaltenbrunner-Befehls gesehen werden. Es spricht aber einiges dafür, dass die Motive weniger edel waren: Es waren die Kranken und Schwachen, also die, die eines Wechsels am meisten bedurften, die in Neuengamme zurückgelassen wurden. Die Arbeits-tauglichen dagegen wurden weggeschickt. Deswegen ist es nahe-liegend, den Transport mit dem steten Bedarf der Deutschen an Arbeitskraft in Verbindung zu bringen.

Bleiben wir kurz bei den 46 zurückgelassenen Gendarmen. Am 20. November wurden vier schwer Erkrankte ins „Rekreationslager“ Bergen-Belsen geschickt, angeblich um eine bessere Pflege zu bekommen. Keiner von ihnen überlebte dies! Die übrigen 42 Häft-linge wurden wieder zur Arbeit getrieben, und im Februar 1945 waren 21 von ihnen auf den letzten Weg ins Lager-Krematorium gebracht worden. Die andere Hälfte war zu erfahrenen Häftlingen geworden, die größtenteils den Weg in das im Kellergewölbe des ersten Steinblocks arbeitende „Flecht- Kommando“ gefunden hat-ten. Die Gendarmen, die am 18. November zum Transport ausge-sucht wurden, kamen in die Außenlager Alt Garge und Schandelah. Der Alt Garge-Transport umfasste 21 Gendarmen, während der Schandelah-Transport 72 Gendarmen zählte.

Alt Garge

Alt Garge liegt an der Elbe in der Nähe von Bleckede. Es war ein relativ kleines Außenkommando mit etwa 500 Häftlingen. Alle Nati-onen waren vertreten, besonders viele Häftlinge kamen aber aus Polen. Bei Ankunft der Gendarmen im November 1944 befanden sich etwa 50 dänische und 30 norwegische Häftlinge im Lager. Die Häftlinge in Alt Garge wurden beim Bau eines größeren Kraftwerks, das dort für die Hamburger Elektrizitätswerke errichtet wurde, ein-gesetzt.

Das Lager versprach für die Gendarmen zunächst nichts Gutes. Bei ihrer Einlieferung sahen sie gleich an der Pforte drei schreck-lich zugerichtete Häftlinge, die einfach zur Abschreckung aufge-

stellt waren. Der Kommandant, Oberscharführer Walther, machte zunächst einen sehr schlechten Eindruck, doch die Gendarmen merkten bald, dass Alt Garge in mehrerer Hinsicht ein „Fortschritt“ im Verhältnis zum Stammlager war. Die Appelle waren aus nachvollziehbaren Gründen von kürzerer Dauer. Es gab auch keine Luftalarme. Die Häftlinge waren auf drei Blöcke mit höchstens 40 Männern in jeder Stube verteilt. Es gab einen Ofen, und Heizmaterial konnte beschafft werden. Die Gendarmen kamen zusammen in eine Stube mit 20 Norwegern. Auch die Verpflegung in Alt Garge war bedeutend besser als in Neuengamme - obwohl immer noch völlig unzureichend.

In einer ganzen Reihe von Funkten unterschieden sich die Verhältnisse nur wenig oder gar nicht von den Verhältnissen in Neuengamme. Das Verhältnis zwischen Häftling und Bewacher war wie im Stammlager. Der Kommandant selber und die meisten der gewöhnlichen Wachsoldaten waren angeblich relativ zurückhaltend, aber der Zweite Kommandierende, Unterscharführer Reese, und fünf bis sechs Ungarn in deutschen Diensten waren laut Häftlingsaussagen äußerst brutal. Dieses betraf jedoch nicht so sehr die Gendarmen, denen das vorher genannte Prügelverbot einen gewissen Schutz vor Übergriffen bot. Man schaute „nur“ zu bei makabren Strafmaßnahmen, gegen russische oder polnische Häftlinge zum Beispiel.

Die Arbeit in Alt Garge war sehr hart und die Kleidung für die Arbeiten draußen völlig unzureichend. Die Lagerleitung machte den Versuch, diesem etwas abzuhelpfen, aber es half nur wenig. Insgesamt bedeuteten die Umstände bei der extrem schlechten Hygiene im Lager, dass ernsthafte Krankheiten nur so um sich griffen - auch unter den Gendarmen. Der erste starb am 24. November 1944.

Zwischen Weihnachten und Neujahr ließ der Kommandant gegenüber den Gendarmen verlauten, dass sie zurück nach Neuengamme sollten. Ja, er war sogar der Meinung, dass sie nach Hause nach Dänemark zurückgeschickt werden sollten. Ersteres erwies sich als korrekt. Am 3. Januar 1945 fuhren die Gendarmen aus Alt Garge ab, begleitet vom Lagerkommandanten höchstpersönlich.

Drei mussten zum Bahnhof getragen werden, sie waren zu schwach, um zu gehen. Der Aufenthalt in Alt Garge war somit nur kurz - anderthalb Monate. Von den 21 Gendarmen wurden zwei auf dem Friedhof in Barskamp hinterlassen, und einer starb später in Neuengamme.

Schandelah

Der zweite Transport von Neuengamme am 18. November umfasste insgesamt 72 Gendarmen, die zum Außenkommando Schandelah bei Braunschweig kamen, wie schon erwähnt. Auch Schandelah war ein verhältnismäßig kleines Lager. Hier wurde Schiefer gewonnen, aus dem man Öl produzieren wollte. Die Arbeit der Gendarmen bestand darin, zwei riesige Ölbehälter einzugraben. Charakteristisch für das Lager war eine unglaubliche hygienische Verwahrlosung, und wie in Neuengamme schien die hygienische Verwahrlosung im Krankenrevier zu kulminieren! Die Gendarmen wurden im Block 2 einquartiert. Der Blockälteste hieß Otto. Angeblich war er Apotheker und saß im KZ wegen eines Giftmordes. Die Baracke, die Verpflegung, die SS-Männer und die Funktionshäftlinge waren mit ihrem brutalen Benehmen eine genaue Kopie von Neuengamme. Das einfache Wachpersonal bestand aus Wehrmachtssoldaten, die die Häftlinge einigermaßen behandelten. Aber sie hatten Angst vor den SS-Männern und den Kapos.

Trotzdem war Schandelah in mehreren Bereichen „erträglicher“ als Neuengamme. Es war ein kleines Lager, etwa 800 Häftlinge, und - obwohl das Lager ebenfalls überbelegt war - hatte jeder Gendarm ein eigenes Bett und einen Platz an den Tischen in der Baracke.

Am wichtigsten war: Es gelang den Gendarmen, ihren Sonderstatus zu behalten. Bei der Ankunft nannte der Lagerkommandant, der Ebsen hieß, die Gendarmen „anständige Leute“ und versprach ihnen eine eigene Baracke. Am Tag danach bekam der bereits genannte Kaptajn Madsen vom Lagerältesten eine Ohrfeige, weil sein Haar nicht wie vorgeschrieben geschnitten worden war. Dieser Vorfall wurde Ebsen vorgetragen, der dem Lagerältesten das Prü-

gel verbot einschärfte.

Der Sonderstatus der Gendarmen wurde auf andere Bereiche ausgedehnt, und Kaptajn Madsen, der schnell zum Kapo befördert wurde, spielte hier eine besondere Rolle. Vom Inhalt der Rot-Kreuz-Pakete, die die Gendarmen auch in Schandelah erreichten, gut unterstützt, schaffte er es auf mehreren Gebieten, dass den Gendarmen eine Vorzugsstellung eingeräumt wurde. Ein eindringliches Beispiel für den Sonderstatus ist es, dass sie die Erlaubnis bekamen, ihre Toten in Särgen zu beerdigen. Sie durften auch eine kleine Trauerfeier am Grab halten. Die Gendarmen erlebten sogar, dass die deutschen Wachposten bei den Beerdigungen Haltung annahmen und strammstanden.

Die allgemeinen Verhältnisse in Schandelah hatten zweifellos eine abstumpfende Wirkung auf die Gendarmen. Mehrere von ihnen arbeiteten zum Beispiel im Beerdigungskommando des Lagers. Trotzdem scheint der innere Zusammenhalt auch in Schandelah keinen Schiffbruch erlitten zu haben. Die Rot-Kreuz-Pakete, die zur Weihnachtszeit ankamen, hatten ohne Zweifel ihren Anteil daran, dass der Hunger es nicht schaffte, die Gendarmen in einen moralischen Zusammenbruch zu treiben. Trotz aller Privilegien befanden sich die Gendarmen zwischen Weihnachten und Neujahr in einem Zustand von Erschöpfung und dumpfem Stumpfsinn. Zu diesem Zeitpunkt waren vier von ihnen gestorben. Einige hatten gehofft, dass sie Weihnachten wieder zu Hause sein würden, aber erst am 6. Januar 1945 konnte Kaptajn -Madsen eine Aussage des Lagerkommandanten übermitteln, dass sie nach Neuengamme zurückgebracht werden sollten. Und danach vielleicht nach Dänemark!

Das Problem war nur, dass die Deutschen keine Transportmittel herbeischaffen konnten. Endlich, Anfang Februar, tauchte ein dänisches Rot-Kreuz-Fahrzeug auf. Nur zwölf Gendarmen konnten jedoch mitfahren. Noch Anfang März waren die übrigen nicht abgeholt worden, und zwei weitere Gendarmen waren gestorben. Erst Mitte des Monats kamen zwei Busse, und es zeigte sich jetzt, dass der Transport fast direkt nach Dänemark ging. Von den 72 Gendarmen in Schandelah kamen jedoch sechs nicht lebend zurück.

Zurück nach Dänemark

Auch die Gendarmen, die sich in Neuengamme aufhielten, wurden ständig mit verschiedensten Gerüchten über eine Entlassung zurück ins Frøslev-Lager bzw. eine Überführung ins Kriegsgefangenenlager Mühlberg, wie im Falle der Polizei, konfrontiert. Alle Gerüchte hatten ihren Ursprung in den permanenten Bemühungen der dänischen Behörden gegenüber den Besatzungsbehörden und Berlin, die Verhältnisse für die Gendarmen und Polizisten in Deutschland zu erleichtern. Es war charakteristisch, dass die Deutschen - sogar die deutsche Sicherheitspolizei - generell Verständnis zeigte und oft verschiedene Versprechen abgab - Versprechen, die aber nur selten eingehalten wurden. Das Hauptanliegen der dänischen Behörden war es, den Kriegsgefangenenstatus und somit den entsprechenden Konventionsschutz sowohl für Polizei als auch Grenzgendarmen zu bekommen. Es gelang, wie schon erwähnt, im Falle der Polizei, aber nicht für die Gendarmen.

Aus irgendeinem Grund beurteilten die Deutschen die Gendarmen als stärker antideutsch und gefährlicher als die Polizei. Es ist sehr, sehr schwierig, für diese Annahme einen Beweis zu finden! Aber sicherlich hat es eine Rolle gespielt, dass das Trainingsprogramm und die Ausrüstung der Gendarmerie militärischer geprägt war als bei der Polizei. Die Versprechen, dass die Gendarmen den Status der Kriegsgefangenen erhalten und nach Mühlberg gebracht werden sollten, waren nicht ganz aus der Luft gegriffen. Im Januar 1945 stellte die SS-Lagerleitung in Neuengamme die Gendarmen von der Arbeit frei in der Erwartung, dass der Status der Gendarmen sich wandeln werde. In den darauf folgenden Wochen lungerten die Gendarmen in der Baracke herum, ohne etwas tun zu müssen - ein Zustand, der ihnen aufgrund der sich ausbreitenden Lethargie zusetzte.

Später „erfand“ der Blockälteste einige kleine Nebenjobs für sie. Zum Schluss sehnten sie sich fast nach dem Flecht Keller.

Am 2. Februar verließ ein dänischer Transport mit 30 Gendarmen und zwölf anderen Häftlingen Neuengamme in Richtung Frøslev. Schon einen Tag danach wurden 20 von ihnen zusammen mit

zwölf anderen Gendarmen aus Frøslev entlassen. Am 10. März 1945 konnte ein Vertreter des dänischen Außenministeriums aus Berlin mitteilen, dass SS-Gruppenführer Müller die Zusage erteilt habe, dass 77 Gendarmen, das heißt so gut wie alle noch in Deutschland verbliebenen, von einer dänischen Transportkolonne am 14. März abgeholt werden könnten.

Am 15. März wurden die Gendarmen in Neuengamme im „Block“, das heißt Block 11, zusammengerufen. Am nächsten Morgen wurden sie ins Kleidungsdepot gerufen, wo sie in ihre Uniformen gekleidet wurden und persönliche Gegenstände wieder ausgehändigt bekamen. Genau in diesem Moment stießen die Kollegen aus dem Lager Schandelah zu ihnen. In einem zweiten Block „durften“ sie alle von dem berüchtigten SS-Schutzhaftlagerführer Anton Thumann Abschied nehmen. Sie „durften“ auch eine Erklärung unterschreiben, dass sie keineswegs mit dem Aufenthalt im KZ unzufrieden gewesen waren. Danach ging es durch die Hauptwache hinunter zum alten Klinkerwerk, wo weiß angestrichene dänische und schwedische Busse warteten.

Bei der Ankunft im Frøslev-Lager wurden alle bis auf 17 sofort entlassen. Am Tag vorher waren die letzten Frøslev-Gendarmen übrigens als freie Bürger durch die Hauptwache hinausgewandert. Am 19. März wurden elf weitere Gendarmen entlassen, einige Tage später vier. Nur zwei, die in Verbindung zu der illegalen Arbeit gestanden hatten, blieben im Frøslev-Lager.

In Deutschland waren jetzt nur drei Leute aus dem Korps geblieben: Den einen hatte man in Bergen-Belsen, wo er sich aufhalten sollte, nicht finden können. Die beiden anderen waren unabhängig von der Aktion gegen Polizei und Gendarmerie am 19. September 1944 deportiert worden. Sie waren als Widerstandskämpfer gewöhnliche politische Häftlinge und kamen am 11. und 13. April nach Schweden beziehungsweise Frøslev, beide im Zusammenhang mit den Bernadotte-Transporten, die also nicht direkt die „normalen“ Gendarmen betrafen.

Todesrate

Generell hatten die dänischen Häftlinge eine niedrigere Sterblichkeitsrate im Vergleich zu anderen Nationalitäten. „Schuld“ daran war grundsätzlich die Rassentheorie der Nazis, aber auch die skizzierte einmalige deutsche Besatzungspolitik in Dänemark, die auch die Verhältnisse der deportierten Dänen stark beeinflusste. Die durchschnittliche Sterblichkeit der dänischen Häftlinge betrug ca. 10 %. Betrachtet man jedoch die Gruppe der Gendarmen isoliert, hatte diese eine Todesrate von nicht weniger als 28 %. Und dies trotz ihres schon erwähnten Sonderstatus, durch den sie wie eine Art „Zivil-Internierte“ behandelt und betrachtet wurden. Zum Vergleich: Die dänische Polizei hatte eine Todesrate von ca. 4 %. Deportierte dänische Juden hatten eine Sterblichkeitsrate von 12 %, bei einem Deportationszeitraum von 18 Monaten. Wiederum als Folge der speziellen politischen Verhältnisse in Dänemark verblieben die deportierten dänischen Juden in Theresienstadt, während andere europäische Juden, auch die norwegischen, in die Vernichtungslager verschleppt wurden. Die Gruppe der normalen politischen Häftlinge, das heißt Widerstandskämpfer, hatte eine Sterblichkeit von ca. 9 %, bei einer Deportationszeit von drei bis zu 20 Monaten. Die einzige dänische Häftlingskategorie, die eine etwas höhere Sterblichkeit als die Gendarmen hatte, waren die sogenannten „unpolitischen“ Gefangenen. In Neuengamme und in den Außenkommandos waren sie in der Kategorie „Asoziale“ und vereinzelt auch als „Kriminelle“ klassifiziert. Diese Gruppe hatte eine Todesrate von ca. 31 %.

Der Unterschied zwischen 28 % Sterblichkeitsrate bei den Gendarmen und 4 % bei den Polizisten ist sicherlich auch zum Teil in dem Altersunterschied begründet, ohne dass ich jetzt in die Details gehe. Wenn man die Todesrate der Gendarmen mit der der dänischen politischen Häftlinge vergleicht, muss man aber aufpassen: Wie ich schon erwähnt habe, lag sie bei 9 %. Nimmt man aber allein die Transporte von politischen Häftlingen nach Neuengamme im September und Oktober 1944. zeigt sich hier eine Todesrate, die fast identisch ist mit der der Gendarmen, also fast 30 % beträgt.

Man kann nicht von der Hand weisen, dass gerade der Umstand, dass ein Häftling die Deportation nach Deutschland als ungerecht und grundlos empfand, eine Bedeutung bei der Todesrate hatte. Gerade die für das Überleben so wichtige psychische Bereitschaft war bei denen, die sich als ungerecht deportiert betrachteten, schwächer ausgeprägt als bei dem politischen Häftling, der wusste, warum er deportiert worden war. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Gendarmen fühlten, ihre Deportation sei sowohl ungerecht als auch ohne Grund gewesen.

Überarbeitete und durch Abbildungen ergänzte Fassung eines Beitrags aus: Häftlinge im KZ Neuengamme. Verfolgungserfahrungen, Häftlingssolidarität und nationale Bindung, hrsg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, red. v. Detlef Garbe u. Harriet Scharnberg, Hamburg 1999, S. 93-106.

Quellen- und Literatúrauswahl

Barfod, Jørgen H.: Helvede har mange navne. København 1969. Fotografischer Nachdruck, Frihedsmuseets venners Forlag, 1994.

Bjorneboe, Lars: Ingen kender dagen - Grænsegendarmeriet under krig og besættelse 1940- 1945. Nationalmuseet, Kpbenhavn 1970.

Kieler, Jørgen: Conditions of deportation, in: Helweg Larsen Per, Henrik Hoffmeyer, Jürgen Kieler u.a.: Famine disease in German concentration camps: complications and sequels. Acta Medica Scandinavica, suppl. 274, 1952.

Kristensen, Henrik Skov/Schartl, Matthias: Harrislee-Bahnhof-eine Station auf dem Weg in die Hölle. Die Deportation dänischer Gefangener aus dem Internierungslager Froslev in deutsche Konzentrationslager 1944/45. Grenzfriedensbund und Historisk Samfund for Sønderjylland, Flensburg, 1996.

Poulsen, Henning: Denmark at War? The occupation as history, in: War Experience, self Image and National Identity: The Second World War as Myth and History. Ed. by Stig Ekman und Nils Edling. Södertälje 1997.

„Erinnerung braucht Orte“

Das Mahnmal am Grenzübergang Haarislee/Padborg

von KARL-HERMANN RATH JE/ JÖRN-PETER LEPPHEN

*„Erinnerung braucht Orte“. Darauf wies 1998 die damalige Staatssekretärin im Kultusministerium, Gyde Köster, hin, als in Harrislee ein Mahnmal zur Erinnerung an die De portierten aus dem Lager Frøslev (1944/45) der Öffentlichkeit übergeben wurde. Über die ungewöhnliche Entstehungsgeschichte des Mahnmals haben wir unsere Leserinnen und Leser informiert.**

Die Fotos von Schüleraktionen (Abb. 1 u.2) anlässlich des diesjährigen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus und die im folgenden abgedruckten Ansprachen von Karl-Hermann Rathje (1.) und Jörn-Peter Lepphen (2.) dokumentieren, dass an der deutsch-dänischen Grenze ein Ort lebendigen, d. h. gegenwarts- und zukunftsbezogenen Erinnerns gewachsen ist, in das gerade auch junge Menschen einbezogen sind.

Karl-Hermann Rathje ist Bürgervorsteher der Gemeinde Harrislee und Leiter der dortigen Zentralschule. Dr. Jörn-Peter Lepphen sprach in seiner Eigenschaft als Mitglied der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, die das Mahnmal initiiert hat.

Die Redaktion

1. Das Denkzeichen in Harrislee - Erinnerung und politischer Auftrag

* Christoph Wiegand, Bahnhof Harrislee - Schüler/innen gestalten ein Mahnmal, in: GFH 3/1997, S. 193-207. Ders. u. Anke Spoorendonk, „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Schülerinnen und Schüler gestalten ein Mahnmal, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Arbeitsgruppe „Harrislee Bahnhof“, Flensburg 1998 (zweisprachig). Jörn-Peter Lepphen, „Mahnmal als Vorbild“. Einweihung eines Denkzeichens zur Erinnerung an die Deportationen aus dem Lager Frøslev 1944/45 - ein Pressebericht, in: GFH 4/1998, S. 273-280.

Liebe Schülerinnen und Schüler, meine Damen und Herren!

Am 15. September 1998 wurde hier am deutsch-dänischen Grenzübergang Harrislee/Padborg dieses Denkzeichen eingeweiht, das an die 1.600 dänischen Gefangenen erinnert, die vom 15. September 1944 bis zum 16. Februar 1945 durch die deutsche Besatzungsmacht aus dem Internierungslager Frøslev in Dänemark in die deutschen Konzentrationslager Neuengamme und Dachau verschleppt wurden. Sie wurden über diese Grenze zum (heute nicht mehr existierenden) Bahnhof Harrislee transportiert, ihrer ersten „Station auf dem Weg in die Hölle“. Verfrachtet wurden sie in acht Schüben - wie Vieh - in Viehwaggons der damaligen Deutschen Reichsbahn.

So begegneten die ahnungslosen dänischen Häftlinge schon auf dem Transport der grausamen Wirklichkeit des deutschen KZ-Wesens, das sich zu dieser Zeit über die Ausnutzung der Zwangsarbeit von Häftlingen zu „Todesfabriken“ und Vernichtungslagern entwickelt hatte, wo die technische, maschinelle und industrielle Tötung und Vernichtung von Menschenleben, ja ganzer Völkerschaften, an der Tagesordnung war und mit deutscher Gründlichkeit perfektioniert worden war. Etwa 250 der 1.600 dänischen Häftlinge aus Frøslev fanden in deutschen Konzentrationslagern den Tod.

Wenn es zur Kultur eines Volkes gehört, sich der Vergangenheit mit den negativen und positiven Seiten bewusst zu werden, um seine Identität in der Gegenwart zu finden und Folgerungen für die Zukunft - insbesondere für die jüngere Generation - zu ziehen, dann musste dieses dunkelste Kapitel deutscher Geschichte auch hier im deutsch-dänischen Grenzraum regional aufgearbeitet werden. Mit der Denkmaleinweihung am 15. September 1998 fand diese 1994 begonnene Arbeit der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ unter Leitung von Frau Anke Spoorendonk ihren Abschluss.

Gemeinsam mit der Gemeinde Harrislee, der regionalen und örtlichen Wirtschaft sowie den beteiligten Schülerinnen und Schülern der Duborg-Skolen, der Zentralschule Harrislee und der Auguste-

Viktoria-Schule Flensburg hat die Gruppe das Ziel verfolgt, an das Schicksal der Deportierten angemessen zu erinnern. Nach Schulprojekten zur Gestaltung eines Mahnmals wurde das Modell des damaligen 10. Jahrgangs der Duborg-Skolen unter Leitung ihres Kunstlehrers Kim Olesen realisiert. Wir stehen vordem eindrucksvollen Mahnmal, in das die Namen Frøslev, Harrislee, Neuengamme und Dachau in vier senkrecht stehende Eisenbahnschwellen gekerbt sind. Stilisierte Hände, ängstliche, konturenlose Gesichter und Stacheldraht belegen die rostenden Stahlplatten zwischen den Schwellen der ins Unendliche, Ungewisse und Hoffnungslose verlaufenden Gleise.

Wir von der Gemeinde Harrislee, in der dieses Mahnmal steht, und wir Lehrer und Schülerinnen und Schüler von der Zentralschule Harrislee und der Duborg-Skolen sehen als Paten für dieses Mahnzeichen diesen Tag als sehr geeignetes Datum für Aktionen gegen das Vergessen der NS-Verbrechen, die wir auch in unserem regionalen Raum ganz konkret festmachen können. Deshalb haben wir zu dieser Gedenkstunde an diesem Ort eingeladen.

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau - das größte Massenmordlager, das es wohl je in der Geschichte des Verbrechens gegen die Menschlichkeit gegeben hat - durch die sowjetischen Truppen erobert. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog hat diesen 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Deshalb soll uns der 27. Januar eines jeden Jahres an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Opfer waren in der Zeit der Schreckensherrschaft der National-Sozialisten all jene Menschen, die nicht dem größtenwahnsinnigen Denken und Handeln der Nazis folgten, ihm nicht entsprachen oder ihm sogar widersprachen. Zu den Opfern zählte auch das Heer der sogenannten Fremdarbeiter. Unzählige von ihnen wurden ermordet, verhungerten oder sie wurden durch Arbeit und Seuchen vernichtet. Diese Menschen wurden aus den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten deportiert und zur Zwangsarbeit in Deutschland gezwungen. Zu ihnen zählen auch Kriegsgefangene und aus-

ländische KZ-Häftlinge.

In Schleswig-Holstein waren es im Vergleich zum deutschen Reich überproportional viele dieser Arbeitssklaven, die in der Industrie, Rüstungsindustrie oder in der Landwirtschaft oft unter unsäglichen und unbeschreibbaren Bedingungen arbeiten mussten. Willkür in all ihren sadistischen Ausformungen war möglich. Quälender Hunger und Prügel bestimmten dabei den Alltag.

Welches Bild von Deutschland wird dem Ausland vermittelt, und welche Geisteshaltung tritt zu Tage, wenn man sich jetzt, über 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, immer noch kleinlich und menschenverachtend über eine finanzielle Entschädigung dieser wenigen noch Überlebenden streitet, die psychisch und physisch für ihr Leben gezeichnet sind. Wie wird es aufgenommen, wenn die deutsche Wirtschaft in bestimmten Teilen nicht einmal bereit ist, ihren finanziellen Beitrag zu leisten.

„Der Blick in die Vergangenheit ist schmerzlich - der Blick auf die Gegenwart macht mir Mut“, schreibt unsere Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave in Anbetracht der Tatsache, dass die Landesschülervertretungen landesweit zu einem „Aktionstag gegen rechte Gewalt und Rassismus“ aufgerufen haben. Die Schülervertretungen schreiben in ihrem Aufruf: „Wir wollen ein Zeichen setzen, dass die neuen Nazis heute unerwünscht sind, und wir wollen heute Unterdrückten und Opfern von Gewalt zeigen, dass wir hinter ihnen stehen.“ „Gegen Faschismus und rechte Gewalt“ und „Für Menschenrechte und Ausländerfreundlichkeit“ ist das Motto der Initiative „Schüler gegen Rechtsextremismus“.

Es ist ermutigend und beruhigend zu wissen, dass es viele junge Menschen gibt, „die gegen Rechts mobil machen und sich der gesellschaftlichen Verantwortung für ihre Mitmenschen bewusst sind.“ In Harrislee gibt es keinen geeigneteren Ort als diesen - nachdem wir heute morgen schon in allen Klassen der Zentralschule Unterrichtsprojekte gegen rechte Gewalt und Ausländerfeindlichkeit durchgeführt haben,-um hier an diesem Mahnzeichen mit jungen Menschen gegen die Gewalt von rechts zu demonstrieren.

2. Das Mahnmal als Lernort

Liebe Schülerinnen und Schüler, meine Damen und Herren!

Dieses Mahnmal ist der richtige Ort in der Grenzgemeinde Harrislee, um den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus angemessen zu begehen. Ich möchte im Folgenden die Frage beantworten, welche Möglichkeiten einer demokratisch orientierten historischen und politischen Bildung gerade *dieses* Denkzeichen bietet. Meine Antworten habe ich in elf thesenartige Abschnitte knapp zusammengefasst:

- Das Mahnmal drückt symbolhaft unsere Solidarität mit den dänischen Opfern der Deportationen in deutsche Konzentrationslager 1944/45 aus - den Toten und den Überlebenden mit ihren Familien. Das Mahnmal ist zugleich Ausdruck unserer Solidarität mit *allen* Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im In- und Ausland, die aus politischen oder rassistischen Gründen verfolgt und ermordet wurden.

Dieser Akt der Solidarität mit den Opfern eines menschenverachtenden Systems, die Betroffenheit, die das eindruckliche Mahnmal bei Besuchern auslöst, sind ein pädagogisch wertvoller Weg, um die Fähigkeit zur Mit-Leidenschaft zu entwickeln.

Über die zunächst emotional verankerte Mit-Leidenschaft hinaus provoziert das Mahnmal in seiner schlichten Eindringlichkeit das rational begründete Verlangen nach genauerer Information über das Schicksal der dänischen Häftlinge, das bis vor wenigen Jahren, jedenfalls südlich der Grenze, dem Vergessen und Verdrängen anheimgefallen war. - Geschichte wird frag-würdig, das Mahnmal gerät zum Denkzeichen.

Der Wissensdrang von Besuchern wird in knapper Form mit Hilfe einer Informationstafel befriedigt, die auf die umfassenderen Möglichkeiten des Museums im Lager Frøslev verweist. Schriftliche Informationen bietet die von Grenzfriedensbund, Historisk Samfund for Sønderjylland und der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof ‘ 1995 vorgelegte zweisprachige Broschüre von Henrik Skov Kristensen und Matthias Schartl: Harrislee-Bahnhof - eine Station auf dem Weg in die Hölle.

Unterrichtlich betrachtet, thematisiert das Mahnmal ein überschaubares orts- und regionalgeschichtliches Beispiel, an dem die brutale Realität der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft studiert werden kann - ein Beispiel, das zugleich die enge Verknüpfung der deutschen und der dänischen Geschichte zeigt.

Durch Mit-Leidenschaft und den Erwerb historischer Kenntnisse über den Nationalsozialismus wird ein Erkenntnisprozess bewirkt: Man setzt eine Ideologie und Herrschaftspraxis, die unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat, in Vergleich zu unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Deren Wert wird einem erst dann voll bewusst, wenn man erfahren hat, was Leben in einem menschenverachtenden Unrechtssystem konkret bedeutet und welche Folgen ein solches System auch für das Zusammenleben der Völker hat. Das heißt: Eine sinnvolle ethische und politische Orientierung ist ohne Kenntnis der historischen Dimension nicht denkbar.

Eine solche „Erinnerungsarbeit“ (M. Mitscherlich) vermag emotional wie rational auch für gegenwärtiges Unrecht zu sensibilisieren. Sie wird das eigene Handeln prägen, zu der Entschlossenheit führen, eine humane Gesellschaft aktiv mitzugestalten und Verstößen gegen die Menschenrechte - wie ausländerfeindlichen oder antisemitischen Schandtaten - schon in ihren Ansätzen mit Zivilcourage zu begegnen.

Dieses Denkzeichen hat also nicht allein eine historische, rückwärtsgewandte, sondern auch eine gegenwarts- und zukunftsbezogene politische Relevanz. Es kann durch seine künstlerisch vermittelte Botschaft einen handlungsorientierten Erkenntnisprozess bewirken oder verstärken.

- Unterrichtsbezogen wird ein solcher Erkenntnisprozess umso erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, Jugendliche aktiv und fächerübergreifend am Lernvorgang zu beteiligen.

Auch für diese Lernstrategie steht dieses Mahnmal: Schülerinnen und Schüler aus drei Schulen, der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg, der Duborg-Skolen Flensburg und der Zentralschule Harrislee, haben sich denkend und gestaltend in Unterrichtspro-

jekten um die Entwicklung von Modellen für ein angemessenes Mahnmal bemüht. Schülerinnen und Schüler der Duborg-Skolen haben das von ihnen entwickelte Mahnmal zusammen mit Lehrlingen einer örtlichen Baufirma eigenhändig errichtet.

Die Duborg-Skolen und die Zentralschule Harrislee haben die Patenschaft für das Mahnmal übernommen. Junge Menschen aus beiden Schulen haben in der heutigen Gedenkstunde nicht pflichtmäßig erlerntes Faktenwissen reproduziert, sondern sich eigenständig und gestaltend mit Zeitgeschichte und Politik auseinandergesetzt. Das Ergebnis ist beeindruckend. Es passt an diesen Ort.

- Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass das Denkzeichen mit seiner sensiblen Botschaft nicht alle erreicht. Es gibt einen rechtsextremen Kernbereich von Alten und Jungen aus allen Gesellschaftsschichten, der sich aus unterschiedlichen Ursachen Vernunftgründen hartnäckig verschlossen zeigt. Ihm gegenüber hat die Gemeinde Harrislee ein Zeichen gesetzt: Rechtsextremismus hat bei uns keinen Platz. Unbelehrbarkeit wird bei uns auf entschlossenen Widerstand stoßen. Diese Tabuisierung des Unrechts dient nicht allein der Abgrenzung, sondern auch - und vor allem - der Ermutigung für alle, die sich solidarisch für eine humane Gesellschaft einsetzen wollen.

So Besorgnis erregend die steigende Zahl rechtsextremer Übergriffe auch ist, der Erfolg von Bildungsarbeit „ist nicht überwiegend daran zu messen, ob es gelingt, alle Jugendlichen, also auch Gefährdete und Abgewanderte, zu erreichen. Ihre Hauptzielgruppe und damit ihre Hauptleistung ist die Arbeit an den Normaljugendlichen“. So hat Professor Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte kürzlich ebenso realistisch wie ermutigend formuliert. Es gelte, „die kulturelle Selbstverständlichkeit des Antifaschismus einer Mehrheit ... zu schützen, zu bestärken und ... in jeder Generation erst mühsam zu erzeugen.“

Die Vermittlung demokratischer, humaner, toleranter Werte und Verhaltensmuster ist nicht allein Aufgabe der Schule, wie manche Politiker und manche Eltern in bequemer Rollenzuweisung meinen. Diese Vermittlung bedarf der solidarischen Beteiligung und Unter-

stützung aller Demokraten, um erfolgreich zu sein.

Auch hierfür steht dieses Mahnmal: Seine Planung und Verwirklichung war nicht allein die Sache von Lehrern, Schülern und einigen Wissenschaftlern. Alle Parteien in der Harsleer Gemeindevertretung, die Verwaltung, Kreisbehörden, örtliche und regionale Firmen haben das Projekt in einem breiten Konsens getragen und tun dies auch weiterhin. Öffentliche Veranstaltungen und die regionale Presse haben dazu beigetragen, dass das Mahnmal auf die Akzeptanz einer breiten Öffentlichkeit gestoßen ist.

Man hat dieses Mahnmal daher als „Vorbild“ bezeichnet und als ein Symbol, das weit über die Grenzen der Region ausstrahle.

- Auch wenn die meisten Deutschen schon aufgrund ihres Lebensalters keine Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen tragen, fühlen wir angesichts unserer Geschichte eine besondere Verantwortung für den Schutz der demokratischen Ordnung. Die Selbstverpflichtung auf die Menschenrechte und die Abwehr rechtsradikaler Umtriebe ist gleichwohl nicht allein ein nationales, sondern ein internationales Interesse.

Aufgrund dieser Erkenntnis haben sich an der Planung und Verwirklichung dieses Erinnerungsortes Demokraten mit deutschem Pass ebenso beteiligt wie Reichsdänen, Angehörige der deutschen Mehrheitsbevölkerung ebenso wie solche der dänischen Minderheit. Entsprechendes gilt für diejenigen, die die heutige Gedenkstunde ausgestalten und durch ihre Anwesenheit mittragen. Der Standort des Mahnmals am Grenzübergang Harsleer/Padborg verweist unmittelbar auf jene Stelle, an der dänische Bürger 1944/45 aus ihrem Vaterland in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden. Mittelbar darf man die Platzierung des Gedenkzeichens auch als Ausdruck der gemeinsamen, internationalen demokratischen Interessen in der Region verstehen - ein Gedanke, der demnächst noch augenfälliger wird, wenn die Grenze nach Umsetzung des Schengener Abkommens kaum noch sichtbar sein wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Dieses Mahnmal ist ein Ort der Trauer. Es ist aber zugleich ein Ort der lebendigen Erinne-

rung, die Perspektiven für eine humane Gegenwart und Zukunft eröffnen kann.

Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande

von GERHARD BEIER f

Am 13. November 2000 starb der Historiker Dr. phil. habil. Gerhard Beier im Alter von 63 Jahren. Forschungsschwerpunkte des politisch und pädagogisch engagierten Wissenschaftlers war die Geschichte der Gewerkschaften und der Freiheitsbewegung. Gerhard Beier gehört zu den zahlreichen „linken“ Intellektuellen aus Schleswig-Holstein, die fern der Heimat ihr berufliches Fortkommen suchen mussten. Im Bewusstsein seiner familiären Bindung an das Milieu der hiesigen Arbeiterbewegung hat sich Beier aber auch im hessischen Kronberg seiner Vaterstadt Flensburg und dem Grenzland stets ebenso eng wie kritisch verbunden gefühlt.

Die Grenzfriedenshefte verdanken ihm viel. Zusammen mit seinem Vater Ernst Beier, dem langjährigen Redakteur, hat er besonders in den 60er und 70er Jahren das hohe Niveau unserer Zeitschrift geprägt. So erschien 1971 ein Schwerpunktheft zur damals populär gewordenen Friedensforschung. Wir drucken im Folgenden den Beitrag erneut ab, den Gerhard Beier selbst zu dem Heft beigesteuert hat: „Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande“ (H. 4/1971, S. 193-199). Der Beitrag zeigt die Weitsicht des Verfassers, dessen Analysen und Vorschläge auch heute - 30 Jahre später - noch hochaktuell sind.

Jörn-Peter Leppien

Einstimmung

Mancher wird es nicht wahrhaben wollen, aber so steht es geschrieben: „Ein Krieg, selbst der siegreichste, ist ein nationales Unglück.“ Wer könnte das gesagt haben? Vielleicht ein Pazifist, ein Schwärmer oder ein enttäuschter Zyniker? Etwa Bertha von Suttner oder Ludwig Quidde oder Carl von Ossietzky?

Nein, ein Militär, der Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, schrieb diesen Satz. Es war Moltke, der „große Schweiger“, der nach einer strengen Ausbildung im dänischen Kadettenkorps als Leutnant in preußische Dienste trat. Er, der „Sieger“ von Düppel,¹ Sadowa und Sedan, schrieb diesen bemerkenswerten Satz im Jahre 1880, zehn Jahre nach dem „siegreichsten Sieg“ der deutschen Geschichte. Nur wenige konnten seinerzeit Moltkes paradoxe Lektion verstehen, noch wenigere haben daraus die Konsequenzen gezogen.

Inzwischen, hundert Jahre nach dem bewunderten „Sieg“ von 1870/71, hat die Geschichte uns eine viel weitergehende Lektion aufgetragen: Eine Niederlage, selbst die verlustreichste, kann ein nationales und internationales Glück herbeiführen, wenn sie einen dauerhaften Frieden mit sich bringt. Viele sind im Begriff, diese Lektion zu verstehen. Etliche richten ihr praktisches Verhalten darauf ein. Diese verwandelte historisch-politische Situation kennzeichnet eine Karikatur im Kopenhagener „Ekstra-Bladet“ vom Oktober 1971: Über einem Trümmerhaufen liegt die zerfetzte Schirmmütze einer NS-Totenkopfeinheit. Aus dem zerfallenen Symbol brutaler Herrschaft erhebt sich die weiße Taube neudeutscher Friedfertigkeit, präsentiert durch den „Versöhner“ Willy Brandt, den gebürtigen Lübecker und Wahlnorweger, den deutschen Kanzler, der auf Initiative einer dänischen Parlamentsfraktion den Friedensnobelpreis erhielt.

Der Betrachter mag dieses Bild - entsprechend seiner Einstellung - unterschiedlich interpretieren. Der eine sieht darin die gelungene Pose des politischen Schaustellers vor seiner historischen Kulisse. Der andere erblickt den magischen Realismus einer „Zeitenwende“, den fruchtbaren Moment im Bildungsprozeß der Geschichte, von dem er sagen darf, dabei gewesen zu sein. Ein dritter mag schwanken zwischen der Faszination einer Hoffnung im Stadium der Erfüllung und dem begründeten Zweifel an der Wandelbarkeit des Bestehenden.

Wer Politik und Geschichte kennt, der hat erfahren, wie instabil

solche Konstellationen sein können. Er fürchtet den Zerfall ihrer Bedingungen, bevor Geschichte als irreversibler Prozeß eine neue Qualität erlangt hat. Er muß fragen, ob sich nur ein flüchtiger Augenblick auftut, der vergeht, noch ehe das Publikum ihn wahrzunehmen vermag.

Früher hätte man in diesem Zusammenhang von „Schicksal“ gesprochen, dem wir hilflos folgen müßten. Heute vermögen wir den Gang der Entwicklung womöglich selber zu bestimmen oder jedenfalls zu beeinflussen. Schon für Napoleon war „Schicksal“ nichts anderes mehr als „Politik“. Später haben Marxisten gesagt, „Wirtschaft“ sei „Schicksal“. Heute bestimmt vielfach die individuelle „Bildung“ und das soziale „Bewußtsein“ den Lebensweg des einzelnen wie den historischen Prozeß der Gesellschaft. Politik und Wirtschaft, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein sind so die wichtigsten Faktoren der Geschichte und damit der Entwicklung von Krieg und Frieden im Innern und nach außen. Die Erziehung zum Frieden findet in diesen Faktoren und ihrem Widerspiel Auftrag und Begrenzung. Ihr wichtigstes Ziel in Konflikt und Versöhnung ist es, den Rückfall der Kontrahenten auf die Stufe der Barbarei zu verhindern, den Gewaltverzicht als unverzichtbar und das Fortschrittsgebot als allgemeinverbindlich durchzusetzen: in Bewußtsein, Empfinden und Verhalten.

Schwierigkeiten

Pathetische Beschwörungen und wohlmeinende Appelle, Friedenskongresse und Versöhnungsfeiern gehören zum traditionellen Instrumentarium der Erziehung zum Frieden. Die Friedenspädagogik früherer Zeiten war vorwiegend Gesinnungs- und Missionspädagogik wie schon die des Amos Comenius. Sie war appellativ und imperativ. Sie forderte, ermahnte und beschwor. Sie schuf hohe Ideale, aber verhinderte keinen Krieg.

Freilich gibt es Entwicklungen, die hoffnungsvoll stimmen: Im schleswigschen Grenzland scheint ein Nationalitätenkampf friedlich gelöst zu sein, der noch vor zwanzig Jahren in aller

Heftigkeit ausgetragen wurde und vor hundert Jahren den „großen“ europäischen Krieg hätte auslösen können. Wer nach den Faktoren dieser friedlichen Entwicklung fragt, wird auf Realfaktoren stoßen, die von ideellen Impulsen begleitet oder gefolgt, aber schwerlich verursacht wurden.

Ein Realfaktor ist die relativ gleiche ökonomische und soziale Entwicklung der beiden Nationen und ihrer Minoritäten diesseits und jenseits der Grenze. Ein weiterer Faktor ist die Anhebung des Lebensstandards, der den „Futterneid“ und „Butterkomplex“, die deprimierende „Marmeladenstimmung“, kurz den „Hungerfaktor“ aufgehoben hat.

Schließlich ist die allgemeine politische Entwicklung in Rechnung zu stellen: Die Zuspitzung des „kalten Krieges“ in den Jahren 1947/48 mit Währungsreform, Berliner Blockade und Gründung zweier Staaten in Deutschland (1949), markierte zugleich Höhepunkt und allmählichen Abschwung der sezessionistischen Bestrebungen im Grenzland. Nüchternen Köpfen wurde bald deutlich, daß es zu keiner Abtrennung mehr kommen würde. Ein halbes Jahrzehnt später hatten es wohl alle begriffen: Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in das Bündnis der NATO wurde zugleich die deutsch-dänische Kooperation forciert. NATO-Vertrag und „Grundsatzserklärung“ von Kopenhagen und Bonn gehören außenpolitisch in den gleichen epochalen Zusammenhang.

Wenn sich an diesen Realfaktoren nichts ändert, wird es im Grenzland friedlich bleiben, wenn -. Es hat freilich den Anschein, als sei der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation hier tatsächlich und dauerhaft gelungen. Wer aber selbstkritisch nachfragt, wird manche stille Reserve vorfinden. Wer das nationale „Unterbewußtsein“ auszuforschen versucht, trifft hier und dort auf „schlafende Hunde“: Die Erlebnisse mit Fackelzug und Fahنشwenken, mit Kampfliedern und nationalem Feuerschein sind weder vergessen noch aufgearbeitet. Trommeln und Fanfaren, Spottlieder und nationaler Haß haben die Atmosphäre der Wahlkämpfe seinerzeit stärker beherrscht,

als wir heute wahrhaben wollen.

Nach einer Volksweisheit ist es nicht opportun, „schlafende Hunde“ zu wecken. In der Tat mag es für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern eine Belastung sein, die frühere Zwietracht mit ihren erschreckenden Begleitumständen wieder ins Gedächtnis zu rufen. Aber wie soll man - um im Bild zu bleiben - „Hunde“ zähmen, solange sie schlafen?

Hierin liegt die Grundschwierigkeit einer Friedenspädagogik, die bis zu den unbewußten, aggressiven Einstellungen vorstoßen will. Sofern sie den unberechenbaren Rückfall auf die Stufe der Barbarei früherer Nationalitätenkämpfe für die Dauer aufheben möchte, muß sie das Risiko eingehen, verdrängte Affekte anzusprechen und aufzuarbeiten. Diese Pädagogik beschränkt sich nicht auf den ethischen Appell und auf die Besänftigung. Sie ist nicht friedfertig in einem schlichten Sinne, sondern eher unfriedlich und konfliktbezogen. Ihre Vorstellung von Frieden ist nicht der Sonn- und Feiertagsfriede, sondern der Werktagsfriede mit all seinen Anstrengungen und Reibereien.

Wer den Grenzfrieden schätzen gelernt hat, wird fragen, was diese Bemühung nützen soll. Aber das schleswigsche Grenzland ist keine Insel in der Weltgeschichte: Was heute zwischen Flamen und Wallonen in Belgien, was zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, was in Nordirland möglich ist, kann auch hier in einer veränderten „Großwetterlage“ wieder aufbrechen. Wenn wir davon verschont bleiben, ist das kein Freibrief zum unreflektierten Genuß dieser Idylle. Vielmehr entsteht eine Verpflichtung, den historischen Schonraum für die Entwicklung neuer, weitergehender friedenspädagogischer Methoden zu nutzen.

Lösungen

Wer von „friedenspädagogischen Methoden“ spricht, der übertreibt. Es gibt keine voll ausgebildete Friedenspädagogik und schon gar kein spezifisches methodisches Instrumentarium.² Aber es gibt Ansätze und Möglichkeiten. Die Friedens-

pädagogik kann appellative und kognitive, psychodynamische und ganzheitliche Angebote machen.

Der ethische Appell gehört zu den ehrwürdigen Traditionen der Erziehung in aller Welt. Das sei ohne Ironie festgestellt. Appellative Erziehung hat im einzelnen Großes vollbracht, ist gesamtgesellschaftlich aber selten relevant geworden. Wo sie dennoch ganze Populationen ergriff, zeigte sie einen fatalen Hang, in „moralische Aufrüstung“ umzuschlagen. Trotzdem bleibt der ethische Appell bislang der wichtigste Beitrag einer Erziehung zum Frieden.

Eine kognitive Friedenspädagogik zur Vermittlung positiven Wissens ist vom jeweiligen Stand der Forschung und Erkenntnis abhängig. Die Friedens- und Konfliktforschung hat dazu neue Beiträge in den sozial- und humanwissenschaftlichen Fächern erbracht. Gleichwohl steht sie am Anfang ihrer Entwicklung. Dieser „wissenschaftliche Pazifismus“ verspricht, zur soliden Basis einer künftigen Friedenspädagogik zu werden. Während frühere Generationen Spruchweisheiten lernen mußten - *Si vis pacem para bellum* - geht es nun um die differenzierte Analyse von Systemen der Drohpolitik. Den Leitsatz dieser jungen Wissenschaft formulierte ihr Protektor Gustav Heinemann: „Der Krieg ist keine Möglichkeit mehr, weil es hinter dem Krieg keine Existenz mehr gibt.“

Die Vermittlung von Ergebnissen der Friedensforschung erfolgte an den Universitäten, und zwar besonders dort, wo die Hochschulreform zu neuen Möglichkeiten des forschenden Lernens drängte. An der Kritischen Universität in Berlin fand im Sommer 1968 ein Colloquium über „Gewalt und Bewußtseinsveränderung“ statt. Gleichzeitig arbeitete ein Seminar über „Probleme der Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“. Inzwischen sind viele ähnliche Lehrveranstaltungen anderer Hochschulen zu nennen. Die neu gegründete Universität Bremen wird im Sommer ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur „Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland“ durchführen.

Trotz allen reformerischen Eifers ist die Friedensforschung bislang ein akademisches Fach geblieben. Zwar hat sogar die Bundeswehr in ihren „Informationen für die Truppe“ (Jahrgang 1970, Heft IV ff.) wissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung veröffentlicht, aber es genügt eben nicht, wissenschaftliche Erkenntnis nur kognitiv umzusetzen, wenn man das Bewußtsein und das Verhalten der Adressaten verändern will.

Psychodynamische Methoden sind notwendig, wenn Friedenspädagogik weiter gehenden Erfolg haben soll. Entsprechende sozialpsychologische Wege wurden in der politischen Bildung eröffnet. Sie erstrecken sich von der Erziehung zur „Partnerschaft“ bis zur politischen Bildung durch den „Konflikt“. Diese beiden Richtungen stehen in der aktuellen Diskussion kontrovers gegenüber. Gleichwohl ist ihnen gemeinsam, daß sie politische Bildung durch aktive Beteiligung und affektiven Bezug aus der Beschränkung rein appellativer und kognitiver Lernprozesse herausführen und zur eigenen Sache der Lernenden machen wollen. Da „Partnerschaft“ und „Konflikt“ im Verlauf der Auseinandersetzung die Qualität von „Reizworten“ erlangt haben, die einander ausschließen, wird ihr dialektischer Zusammenhang kaum noch gesehen. Setzt man für „Partnerschaft“ aber „genossenschaftliche Kooperation“ und „solidarische Aktion“ für gesellschaftlichen Konflikt, dann zeigt sich wieder, daß beide nur die Kehrseiten einer aktiven, teilnehmerorientierten und emotional getönten politischen Bildung sind. Partnerschaft und Konflikt gehören zusammen wie Sympathie und Antipathie, wie Identifikation und Projektion im Gruppenprozeß. Psychodynamische Methoden, wie sie in sozialpsychologischen Laboratorien entwickelt wurden, gestatten es heute, entsprechende gruppenspezifische Prozesse experimentell durchzuführen und in der Lehrerfortbildung anzubieten.⁴ Sofern diese Prozesse gelingen - und das hängt weitgehend von ihrer sachgerechten Organisation ab - führen sie über Selbsterfahrung und Selbststeuerung zur Autonomie. Dabei

eröffnet sich die Chance, eigene und fremde Affekte kennenzulernen, das „Andersein des anderen“ zu akzeptieren, soziale Emotionen zu reflektieren, die Sensibilität für aggressive und libidinöse Regungen zu steigern. Gruppendynamische Verfahren haben sich in letzter Zeit als „dernier cri“ der politischen Bildung entpuppt. Vor ihrer vorschnellen und unkritischen Übernahme sei deshalb gewarnt. Auch ihre isolierte Anwendung ist nicht angezeigt: Psychodynamische Prozesse ohne „Moral“ können ebenso den Rückfall auf die Stufe der Barbarei bewirken, wie der kollektive ethische Appell in „moralische Aufrüstung“ umzuschlagen vermag. Beide bedürfen zu ihrer Reflexion der kognitiven Vermittlung. In integrierten Lernprozessen gestatten alle drei - appellative, kognitive und psychodynamische Verfahren - einen optimalen, ganzheitlichen Prozeß der Erziehung zum Frieden, die zugleich eine Erziehung zum kontrollierten, gewaltfreien Konflikt ist.

Beispiele

Theoretische Lösungen in abstrakter Terminologie bleiben für den Leser zunächst schwer faßbar. Gewiß brauchen wir im Grenzland Friedensforschung und Friedenspädagogik. Sicherlich werden auch gruppendynamische Seminare veranstaltet. An ethischen Appellen zur Verständigung dürfte es ohnehin nicht mangeln. Einen konkreten Bezug und richtungweisende gesellschaftliche Funktion erhalten diese Anstrengungen aber erst durch praktische Beispiele einer künftigen Kooperation, die über das bestehende friedliche Nebeneinander und zeitweilige Miteinander weit hinausgehen.

Diese praktischen Beispiele liegen sinnvollerweise im Bereich der Bildungs- und Schulreform. Es sollen keine harten Forderungen sein. Niemand darf erschreckt werden. Vielmehr geht es um Modellvorschläge, um „Denkspiele“ mit Praxisbezug, oder besser gesagt um Fragen. Ein relativierendes „Wenn“ sei ihnen vorgeschaltet, um den hypothetischen Charakter noch zu unterstreichen:

Wenn also die Lehrpläne unserer Schulen überprüft werden, wenn es zu der viel berufenen „Curriculum-Reform“ kommt, dürfte dann eventuell auch das Dänische zu einer ordentlichen Fremdsprache an deutschen Schulen im Grenzland werden?

Wenn kooperative oder integrierte Gesamtschulen gebaut werden, ließe sich dann auch eine internationale Gesamtschule projektieren, an der Deutsche und Dänen, sowohl Lehrer als auch Schüler, gleichberechtigt Zusammenarbeiten?

Wenn im Flensburger Raum eine Universität gegründet wird, sollte diese Einrichtung nicht als Europa-Universität oder als skandinavisch-deutsche Hochschule oder als gemeinsame deutsch-dänische Institution ihre sinnvollste Organisationsform finden?

Wenn ein kooperatives System der Erwachsenenbildung geplant werden soll, wäre da in das Denkspiel nicht auch die institutionalisierte Kooperation zwischen deutschen und dänischen Volkshochschulen, zwischen Bibliotheken und Mediotheken beider Seiten einzubeziehen?

Wenn das deutsch-französische Jugendwerk zu einem europäischen Jugendwerk erweitert wird, wäre das kein Signal für eine entsprechende deutsch-dänische Einrichtung?

Gewiß werden schon diese vorsichtigen Fragen auf Widerstände stoßen. Sicherlich gibt es viele Gründe, die zunächst dagegen sprechen. Insbesondere der „kleinere“ Partner wird in einem gemeinsamen „Geschäft“ die möglichen Nachteile sehr sorgfältig prüfen müssen. Aber wäre diese Prüfung nicht schon eine wichtige Aufgabe für eine gemeinsame Friedensforschung im Grenzlande? Wären die einhergehenden psychodynamischen Prozesse nicht das lohnende Thema gemeinsamer gruppendynamischer Seminare?

Ob bei so vielen interessanten Fragen ein ethischer Appell nachhelfen kann? Immanuel Kant hat Männern, die „Pläne zur Erziehung machen“, gesagt: „Kinder sollen nicht dem gegenwärtigen, sondern dem zukünftig möglich bessern Zustande des menschlichen Geschlechtes, das ist die Idee der Menschheit,

und deren ganzer Bestimmung angemessen erzogen werden.“
Wo die (eingangs zitierte) späte Einsicht des älteren Moltke und die weitsichtige Mahnung Immanuel Kants in die gleiche Richtung weisen, sollten wir da nicht weitergehende Schritte wagen dürfen? Wo Kant den „ewigen Frieden“ zu organisieren versuchte, sollten wir da nicht den „ewigen Grenzfrieden“ jedenfalls weiter festigen?

Anmerkungen

- 1 Der eine oder andere Leser wird hier rechten wollen: War es nicht vielmehr Wrangel, der bei Düppel siegte, oder Prinz Friedrich Karl? Aus reflektierter Distanz erscheint die Frage müßig. Was heißt überhaupt „Sieger“?
- 2 Zur Orientierung seien hier einige Veröffentlichungen angeführt, die zusammen ein Bild des Entwicklungsstandes der Friedenspädagogik geben: Hans-Günther Assel: Friedenspädagogik als Problem Politischer Bildung, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 11. April 1970. Gerhard Beier: Ost-West-Vorurteile in der politischen Bildung, Methodisch-didaktisches Modell über die Aufarbeitung von Vorurteilen, Frankfurt 1971. Dieter Danckworth: Erziehung zur internationalen Verständigung, München 1965. Hans-Joachim Gamm: Aggression und Friedensfähigkeit in Deutschland, München 1968. Bernhard Kroner: Zur Ausgangssituation einer psychologischen Friedensforschung, in: Das Argument 1970, Heft 60. Hermann Rohrs: Erziehung zum Frieden, Stuttgart 1971. Karl Friedrich Roth: Erziehung zur Völkerverständigung und zum Friedensdenken, Donauwörth 1967. Dieter Senghaas: Die Erziehung zum Frieden in einer friedlosen Welt, in: Die Pädagogische Provinz, Frankfurt 1963. Probleme der Friedenserziehung, Heft 90 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1970.
- 3 Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.
- 4 Vgl. Kurt Spangenberg: Chancen der Gruppenpädagogik. Gruppendynamische Modelle für Erziehung und Unterricht, Weinheim 1969. Tobias Brocher: Gruppendynamik und Erwachsenenbildung, Braunschweig 1967.

Zum Tode des Historikers Walter Grab

Kurz vor Weihnachten ist Walter Grab im Alter von 82 Jahren in Tel Aviv gestorben. Der international angesehene Historiker hatte besondere Beziehungen zu Norddeutschland, weil er mit seiner Biografie „Odysseus der Freiheit“ über den umtriebigen Dichter, Maler und Revolutionär Harro Harring das Fundament zur Gründung der gleichnamigen Gesellschaft in Husum gelegt hat und deren Ehrenpräsident war. In den „Grenzfriedensheften“ erschienen in den 80er Jahren seine Abhandlungen über die norddeutschen Jakobiner bzw. den deutschen Sonderweg 1848-1933.

Walter Grab wurde 1919 in Wien geboren. Er stammte aus einer assimilierten jüdischen Familie und musste die Stadt 1938 vor dem Naziterror verlassen. Diese Vertreibung war eine Wunde, die bei Grab nie verheilt ist, denn er wollte nicht nach Palästina ins Exil. Die deutschsprachige Kultur und Geschichte waren sein Zuhause. Erst 1958 konnte Walter Grab, nachdem er jahrelang als Ledertaschenkaufmann in Tel Aviv die Familie ernährt hatte, sein Geschichtsstudium wieder aufnehmen. Er promovierte 1962 bei Fritz Fischer in Hamburg, habilitierte sich und gründete mit Hilfe der VW-Stiftung 1971 das Institut für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Grabs Hauptthema – und Herzensangelegenheit – war die Frage, warum die Ziele der Französischen Revolution in Deutschland solange nicht gesiegt haben. Seine These war, dass Hitler nur triumphieren konnte, weil der demokratische Gedanke im deutschen Bürgertum zu wenig verwurzelt war. Die Demokraten haben ihren Kampf gegen die Reaktion verloren. Walter Grab hat die Geschichte der Verlierer aufgeschrieben, die sich nicht gebeugt haben, geschmäht und verfolgt wurden und von der bürgerlichen Geschichtsschreibung lange unerwähnt und ausgegrenzt blieben.

Walter Grab hat die Demokratieforschung und das Bewusstsein der freiheitlichen, radikaldemokratischen Tradition in Deutschland mit etabliert und damit ein Stück Gerechtigkeit hergestellt. Dafür hat er Anerkennung und viele Auszeichnungen erhalten. Er war eine streitbare Person, gewinnend, liebenswürdig und voller Humor. Er hinterlässt eine riesige Anzahl von Büchern, Schriften und Aufsätzen, aber auch die Erinnerung an einen großartigen Menschen und Mitstreiter.

Perke Heldt

„DF“-Chefin: Deutschland sichert seine Grenze nicht

PATTBURG (DN) Die Chefin von „Dansk Folkeparti“, Pia Kjærsgaard, und Venstre Folketingsmitglied Erik Jacobsen wollen Justizminister Frank Jensen (Soz.) nach der Illegalen-Flut der letzten Wochen an der deutsch-dänischen Grenze stellen. Pia Kjærsgaard will, dass Frank Jensen sich an seine bundesdeutsche Kollegin Herta Däubler-Gmelin (SPD) wendet, um Deutschland dazu zu bewegen, die Kontrolle seiner äußeren Grenzen zu verschärfen.

Denn dass so viele Asylbewerber über Deutschland nach Dänemark kämen, sei ein Indiz dafür, dass Deutschland nicht in der Lage sei, seine Grenzen zu sichern. Daher könnten viele Illegale von Dänemark nicht abgewiesen werden, weil sie in Deutschland noch gar nicht um Asyl gebeten hätten und dort also nicht registriert seien.

Man könne, so Pia Kjærsgaard, den Verdacht hegen, dass Deutschland eigentlich gar nicht daran interessiert sei, ordentlich auf seine Grenzen aufzupassen – dass man bewusst Flüchtlinge durchlasse, damit sie nach Dänemark weiterreisen können. Pia Kjærsgaard will daher, dass der sozialdemokratische Justizminister mit seiner deutschen Kollegin vereinbart, dass alle Personen, die aus Deutschland kommend an der Grenze um Asyl bitten, automatisch in die Bundesrepublik zurückgeschickt werden. Sei ja nur recht und billig, dass das Land, das Flüchtlinge in ein anderes durchlasse, selbst das Asylverfahren durchführen müsse. Die „DF“-Chefin will auch, dass die Dublin-Konvention diesbezüglich geändert wird! Venstre-Mann Erik Jacobsen aus Krusau meint, Justizminister Frank Jensen habe bisher viel zu passiv agiert. Jacobsen möchte schlicht und einfach wissen, was der Minister tun will, um der Illegalen-Flut an der Grenze entgegenzutreten. Ob er überhaupt einen Plan hat. Noch habe die deutsche und dänische Polizei die Lage im Griff. Das müsse aber nicht so bleiben. Der Venstre-Mann will auch eine Beurteilung des Ministers, wieviel Prozent der Illegalen von der Polizei geschnappt werden – und wie die Einquartierung dieser im Zuge der steigenden Illegalen-Zahlen gelöst wird.

Der Nordschleswiger, 7. 12.2000

Stelen gegen das Vergessen

Stilisierter „Totenwald“ für KZ-Gedenkstätte Schwesing

HUSUM/SCHWESING (pj) Aus der wogenden Wildkrautwiese auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Schwesing werden künftig ungeordnet rostige Stelen ragen: Ein stilisierter Totenwald soll auf den Grundmauern des einstigen KZ-Außenlagers Schwesing die Einzelschicksale der 296 hier unter dem Nazi-Regime grausam zu Tode gekommenen Menschen aus ihrer bisherigen Anonymität herausholen. In

jede Stele ist der Name eines hier Getöteten eingraviert.

Der Kulturausschuss des Kreises Nordfriesland, der bereits am 12. Juli dieses Jahres das Projekt grundsätzlich gebilligt hatte, stimmte jetzt auch den Einzelheiten der Umsetzung zu.

Idee und Konzeption stammen von der Husumer Kunststudentin Ina Kühnast und dem Halebüller Künstler Ulrich Lindow, der auch die seit dem Jahre 1987 hier bestehende Gedenkanlage entworfen hat.

In naher Zukunft werden aus einem Sonderstahl hergestellte Stelen in unterschiedlicher Höhe (80 bis 120 Zentimeter) nach ästhetischen Gesichtspunkten auf einem Teil des KZ-Lagergeländes platziert. Es soll dabei weder ein Friedhofscharakter noch ein zu gepflegter Eindruck entstehen.

Der künstlerische Gedanke dabei ist, dass aus dem das einstige Geschehen heute überwuchernden Kraut die Stelen als eine rostig aber unvergänglich aus der Vergangenheit herausragende Erinnerung an die hier gemarterten Individuen den Blick einfangen.

Die geknickten Metallbänder assoziieren für das Auge sofort gebückt stehende Menschen. Die vordergründige Anonymität wird aufgelöst durch die namentliche Benennung der Stelen mit den Namen der Opfer. Der Besucher wird aufgefordert sein, die Totenwiese zu betreten.

Die Kreiskulturverwaltung rechnet mit Kosten von insgesamt 100 Mark pro Stück (Material-, Gravr- und Fundamentierungsarbeiten). Über Spenden und Patenschaften für einzelne Stelen soll das Vorhaben finanziert und so gleichzeitig eine Verbindung zu den Menschen heute hergestellt werden. Unter dem Stichwort „Totenstele“ und dem Kassenzichen 4/750 000 können Spenden bei der Sparkasse NF (Bankleitzahl 217 500 00) auf das Konto 31 86 überwiesen werden. Sinn der weiteren Ausgestaltung der Gedenkstätte ist es, da war sich der Kulturausschuss einig, bei zunehmendem Abstand zu der Terrorzeit die Erinnerung daran zu erhalten, dass hier fassbare Einzelschicksale den authentischen Terror der Nazis dokumentieren.

Flensburger Tageblatt, 3.1.2001

SSW-Privileg kein Verfassungsverstoß

KIEL Die Befreiung des Südschleswischen Wählerverbandes (SSW) von der Fünf-Prozent-Klausel des Landeswahlgesetzes ist verfassungskonform. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Münsteraner Rechtswissenschaftlers Prof. Bodo Pieroth für den Landtag.

Auslöser der vom Innen- und Rechtsausschuss bestellten Expertise sind Einsprüche gegen die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. Februar vergangenen

Jahres. Im Kern geht es dabei um die Zuteilung der Mandate an den SSW. Die Partei der dänischen Minderheit hält drei Sitze im Landtag.

Vorausgegangen war eine Änderung des Landeswahlgesetzes. Gegen die Stimmen des SSW hatte der Landtag dabei das Zwei-Stimmen-Wahlrecht eingeführt. Die Erststimme ist für den Wahlkreiskandidaten, die Zweitstimme für die Landesliste einer Partei bestimmt.

Folge dieser Novelle: Obwohl der SSW mit Direktbewerbern nur in seinem „angestammten“ Landesteil Schleswig antrat, war die Partei per Zweitstimme landesweit wählbar. Dort hatte der SSW im Februar 42 Prozent seiner insgesamt rund 60 000 Zweitstimmen geholt.

Kritiker dieser Regelung hatten dem SSW nicht die Rolle als Partei der dänischen Minderheit abgesprochen. Die erst begründet den Sonderstatus im Landeswahlgesetz. Verfassungsrechtlich bedenklich sei die Befreiung von der Fünf-Prozent-Klausel im gesamten Wahlgebiet.

Pieroth weist die so begründeten Einsprüche gegen das Ergebnis der Landtagswahl in vollem Umfang zurück. Die Ausnahmeklausel im Landeswahlgesetz verstoße nicht gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl im Grundgesetz. Ebenso sei das Minderheitenprivileg im Wahlrecht bereits in den 50er Jahren für verfassungsmäßig erklärt worden. Daran werden sich absehbar auch bei einem neuen Urteil des höchsten deutschen Gerichts nichts ändern. Zudem sieht Pieroth keinen Grund, dem SSW den Charakter einer Partei der dänischen Minderheit abzusprechen.

Peter Höver, in: Flensburger Tageblatt, 9.1.2001

Carl Holst: Die Öresund-Region als Vorbild

Sønderjyllands neuer Amtsbürgermeister stellt sich vor/Hay nennt Schiefelage in der Minderheiten-Förderung „peinlich“

SANKELMARK (fju) „Alles, was die Öresund-Region an grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Kopenhagen und Malmö schafft, können wir auch.“ Diese Marschrichtung für das deutsch-dänische Grenzland hat Sønderjyllands neuer Amtsbürgermeister Carl Holst bei seinem Auftritt in der deutschen Öffentlichkeit ausgegeben. Auf dem Jahresempfang des Grenzvereins in der Akademie Sankelmark skizzierte der 30-jährige Nachfolger von Kresten Philipsen vor 300 Gästen „grenzregionale Perspektiven im neuen Jahrtausend“.

Dabei wurde deutlich: Der Generationswechsel auf dem Chefsessel der Amtsverwaltung Apenrade bringt allenfalls den Hauch einer frischen Brise in die deutsch-dänische Kooperation. Anders, als man es von seinem Vorgänger kannte, ließ sich Holst zwar auf die Forderung nach einer stärkeren kommunalpolitischen

Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Nachbarn ein. Inhaltlich nannte er aber wenig Neues, sondern will Projekte auf schon bekannten Feldern fortsetzen: Mehr deutsch-dänische Ausbildungsgänge, zum Beispiel auch für Lehrer, bei Berufstätigen die Lust aufs Grenzpendeln fördern, eine gemeinsame Darstellung der Region nach außen, etwa, wenn sich ein Autobauer wie gerade BMW nach einem neuen Werkstandort umsieht, und eine engere Partnerschaft in der Gesundheitspolitik. Der erfolgreich praktizierte Einsatz Flensburger Rettungsfahrzeuge auch in Dänemark habe vielen seiner Landsleute die Vorbehalte gegen deutsch-dänisches Zusammenwirken genommen. „Manche hatten gedacht, in einem deutschen Krankenhaus würden sie nie wieder aufwachen – jetzt wissen sie es besser.“

Zum Missfallen der meisten Kommunalpolitiker südlich der Grenze will Holst jedoch einen Großteil der deutsch-dänischen Kooperation zusammen mit der Landesregierung in Kiel betreiben und nicht allein mit den unmittelbaren kommunalen Nachbarn. Sympathie der Zuhörer wiederum erntete der – anders als Vorgänger Philipsen – auf Dänisch sprechende Redner mit der Bekundung: Obwohl er sich als Skandinavier fühle, verbinde ihn mit einem Flensburger emotional mehr als mit einem Nordnorweger.

Unter den übrigen Rednern sorgte der dänische Generalkonsul in Flensburg, Hendrik Becker-Christensen, mit der Äußerung für Aufsehen, aus dem ersten gemeinsamen Gedenken von Deutschen und Dänen an die Schlacht bei Idstedt im letzten Sommer dürfe man nicht schlussfolgern, dass es fortan jedes Jahr eine Veranstaltung Seite an Seite geben werde. Gastgeber und Grenzvereins-Vorsitzender Jörg- Dietrich Kamischke blickte „mit Sorge erfüllt“ in die Zukunft, weil die Landesregierung seinem Verband angedeutet habe, die Zuschüsse um weitere 350 000 Mark zu kürzen.

Die Klage über knappe Finanzen stand auch im Mittelpunkt einer Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagfraktion, Lothar Hay, auf der Neujahrstagung des Bundes deutscher Nordschleswiger, die dem Jahresempfang des Grenzvereins traditionell folgt. Angesichts der „peinlichen Tatsache“ dass Dänemark beiden nationalen Minderheiten im Grenzland mehr gibt als Deutschland, warnte Hay vor langfristigen Folgen dieser Schieflage: Es dürfte nicht dazu kommen, dass sich Menschen von der deutschen Minderheit in Dänemark abwenden, nur, weil etwa die Kindergärten der Mehrheitsbevölkerung besser ausgestattet seien. Den Bund sieht Hay allerdings als Geldgeber stärker in der Pflicht als das Land. Er rief die Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein auf, sich in Berlin für eine bessere Förderung der Minderheiten einzusetzen.

Flensburger Tageblatt, 13.1.2001

Laufend antideutsche Unterschwelligkeiten

Roy Langer, Kopenhagen: Deutsches Image in Dänemark auch nach Ende der Nachkriegsepoche 1990 nicht geändert

SANKELMARK (uk) „Die Angst vor den Deutschen“, „Die gelbe Gefahr“, „Kann man Deutsche mögen?“, „Die abscheulichen Deutschen!“, „Ein hässlicher Deutscher“ „Die verfluchten Deutschen“ seien Artikel in der überregionalen Presse Dänemarks überschrieben gewesen, in denen zwar „gegen diese traditionellen negativen Vorurteile und Stereotypen argumentiert“ worden sei, für die insbesondere 1864 und der Zweite Weltkrieg Ursachen seien, hat Roy Langer Ph. D., Kopenhagen, in seiner Dissertation „Zwischen Gefühl und Vernunft – Zur Darstellung Deutschlands in dänischen Medien“ festgestellt. Langer wertete dafür 1996 rund 5.000 Beiträge überregionaler Medien – Zeitungen und Fernsehen – aus, wie er auf der Neujahrstagung 2001 des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) in Sankelmark berichtete.

Zwar werde relativ viel über Deutschland berichtet, wobei sich zwischen den Medien deutliche Unterschiede zeigten. „Jyllands Posten“, Århus, berichte weitaus mehr als die Hauptstadtpresse, in der „Ekstra bladet“ das negativste Deutschlandbild zeichne. Stereotypen über Deutschland und die Deutschen würden zum Großteil nicht unbedingt von den Deutschlandkorrespondenten produziert; ebenso seien es die Kollegen in den Redaktionen, sagte Langer und nannte eine Reihe auch dümmlicher Negativbeispiele wie aus „Ekstrabladet“: „Als ich jünger war, glaubte ich, dass sich die Deutschen dadurch fortpflanzten, dass sie Bockwürste im Garten vergraben.“ Die deutsche Alltagskultur werde in den Medien kaum erwähnt.

An Hand einer Fallstudie zum Thema Wiedervereinigung sei manche Angst vor „den Deutschen“ besonders deutlich geworden, stellte Langer fest. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 habe in den Medien zehn Tage lang Begeisterung geherrscht. Dann, bis zum 3. Oktober 1990, seien „alle Vorurteile, Ängste, geschichtlich negativen Erfahrungen wieder aufgewärmt worden“. Das habe am 3. Oktober 1990 „schlagartig aufgehört. Da wurde „der DDR-Beitritt zur BRD „sogar willkommen geheißen“.

Langner: „Eine zentrale Rolle spielte die Furcht vor einem neuen deutschen Nationalismus. Hinweise auf die negativen geschichtlichen Erfahrungen mit dem deutschen Nachbarn, auf 1864 und den Zweiten Weltkrieg hatten beinahe schon rituellen Charakter.“ Nach 1990 sei „die Besorgnis über Deutschlands Schwächung als Lokomotive im europäischen Einigungsprozess zum Ausdruck“ gekommen.

Ähnliche kampagnenartige Mechanismen entdeckte Langer zu den Themen Tourismus und Kauf dänischer Ferienhäuser durch Ausländer, sprich Deutsche. „Megareiche Deutsche verschanzen sich in Millionenhäusern, umgeben von

Stacheldraht mit Hagebuttengestrüpp und einer Unzahl von Warnschildern... Man kann sich leicht vorstellen, wie die jütische Westküste aussehen wird, wenn die Deutschen mit D-Mark erst die Besetzung durchgeführt haben“, habe „Ekstrabladet“ im August 1988 geschrieben.

„Insgesamt lässt sich über vier Jahrzehnte hinweg die Verwendung derselben Leitmotive, Argumentationsstrategien und -techniken nachweisen“, resümierte Langer. Das seien vor allem Generalisierungen, Homogenisierungstechniken einer nationalen „Wir“-Haltung, Befürchtungen negativer Zukunftsszenarien, um „Die Bedrohung nationalökonomischer, vor allem aber – kultureller Interessen zu veranschaulichen“. Damit gehe deutsches Vokabular aus der Besatzungszeit 1940 bis 1945 einher: „Die dummen Dänen“, „Lebensraum“, „Invasion“, „erobern“ usw. Auch nach Ende der Nachkriegsepoche 1990 habe sich das deutsche Image in Dänemark nicht geändert.

Eine lebendige Aussprache schloss sich an. In den Schulbüchern sei die DDR stets positiver als die BRD gezeichnet worden, stimmte Langer Lehrer Volker Kracht, Tondern, zu. Für Amtratsmitglied Harald Søndergaard (SP), Tingleff, hatte er schwachen Trost parat: „Die Niederländer sind in ihrer negativen Beurteilung der Deutschen einsamer Spitzenreiter“ in ganz Europa – weit vor den Dänen.

Der Nordschleswiger, 16.1.2001

Grenzenlose Kooperation über die Nordsee

Sozialdemokraten sehen in einem zusammenwachsenden Europa Chancen für die Westküste

TÖNNING (pj) „Die Nordsee, der Nordseeraum - das ist ein Geschenk für uns hier an der Westküste für Schleswig-Holstein insgesamt. Wir sollten zugreifen, es annehmen.“ Der Husumer SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Ulf von Hielmcrone und sein Fraktionskollege und Europa-Experte Rolf Fischer erläuterten mit diesen Worten in Tönning SPD-Mandatsträgern Chancen einer multinationalen Nordsee-Kooperation ähnlich der längst installierten Ostsee-Zusammenarbeit.

Das sich in Kürze erneut kräftig erweiternde EU-Europa, so Fischer, werde sich längerfristig in größeren wirtschaftlich und kulturell zusammenpassenden Regionen wiederfinden. Sie werden die künftigen innergemeinschaftlichen Kraftzentren sein und eine neue Qualität von Dynamik entwickeln, indem sie vorhandene Ressourcen gemeinsam entwickeln und schon heute erkennbare Synergie-Effekte auslösen. Fischer und von Hielmcrone warben dafür, solche Chancen konkret zu nutzen, frühzeitig auf den startenden Zug aufzusteigen und nicht passiv oder „schmollend“ die Entwicklung an sich vorüberziehen zu lassen.

Fischer gab auch ganz deutlich zu verstehen: „Das ist eine Chance für ganz Schleswig-Holstein, aber die Initiativen müssen von der Westküste kommen.“ Er wie von Hielmcrone halten indessen nichts von einer frühzeitigen Institutionalisierung einer solchen Kooperations-Idee. Ein Aufbruch müsse von der Basis herkommen, ein Strauß vielfältiger Aktivitäten, die es nach und nach zu vernetzen gelte. Solche, die schon vorhanden sind, sollten dynamisiert und gefördert werden. Fischer: „Dafür sind auch Mittel vorhanden“. Es müsse eine Art Bewegung entstehen. Sie nannten in diesem Zusammenhang CDU-Politiker und Nordfrieslands Landrat Olaf Bastian, die das Thema ebenfalls aufgreifen würden. Eine Nordseeraum-Identität – Voraussetzung auch für wirtschaftliche Kooperationen – werde erfolgreich nur von unten nach oben anwachsen.

Von Hielmcrone erinnerte an die vielfältigen grenzüberschreitenden Kontakte der Friesen, die es zu fördern gelte, an den Einsatz der deutsch-dänischen Verbindungen für die Entwicklung einer Nordseeregion und die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die frühgeschichtliche Nordsee- Ausstellung, die im Husumer Nissenhaus- Museum zu sehen war. Aus der Summe vieler, oft kleiner Aktivitäten bis hin zu Städtepartnerschaften, die es unter dem Dach Nordsee-Kooperation zu entwickeln gelte, könne sich ein solches Projekt realistisch entwickeln. Angenehm überrascht sei man, welches Interesse neuerdings im Vereinigten Königreich an einer solchen Kooperation und auch an den deutschen Erfahrungen mit dem Föderalismus bestehe. Konkret, so von Hielmcrone, werde man in Kürze eine Befahrung der in Vergessenheit geratenen „Grünen Küstenstraße“ vornehmen, um die Möglichkeiten ihrer Wiederbelebung unter gemeinsamen Nordsee-Interessen auszuloten. Sie habe mit den inzwischen installierten Nordseeküsten-Nationalparks eine große Attraktion hinzugewonnen.

Flensburger Tageblatt, 17.1.2001

Einblick in Umgang mit nationalen Minderheiten

Nachwuchs-Akademiker aus 13 Ländern informierten sich

SANKELMARK (emi) Wie wurde die dänische Minderheit im Dritten Reich von den Nationalsozialisten behandelt? Warum sind die Sorben eine Volksgruppe, die in Deutschland lebenden Türken beispielsweise jedoch nicht? Zu diesen und anderen komplexen Fragen mussten Dr. Rainer Pelka, Direktor der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Sankelmark, und die geladenen Referenten am Wochenende Rede und Antwort stehen.

Bis gestern hatten rund 80 Nachwuchs- Akademiker aus 13 Nationen in einem dreitägigen Seminar Gelegenheit, sich über Volksgruppen und nationale

Minderheiten in Deutschland zu informieren. In Vorträgen und Diskussionen erhielten sie von Vertretern eben dieser Volksgruppen und Minderheiten einen Einblick in das Leben der Dänen in Schleswig-Holstein, der Deutschen in Nordschleswig, der Friesen, der Sinti und Roma sowie der Sorben. Landtagsvizepräsident Thomas Stritzl präsentierte die offizielle Stellungnahme des Landes Schleswig-Holstein zur Minderheiten-Politik im Grenzland. Im deutsch-dänischen Verhältnis gelte der Grundsatz, dass die Wahl des Einzelnen das ausschlaggebende Kriterium für seine Zugehörigkeit sei: „Will er Däne oder Deutscher sein?“ Erstaunt waren die Jung-Akademiker vor allem über die politische Kultur zwischen Dänemark und Deutschland, dass die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Minderheit durch das Mutterland im Ausland nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten empfunden werde. Als sehr positiv bewertete man auch die Möglichkeit für Schüler der friesischen Volksgruppe, Sprachunterricht in ihrer Muttersprache erhalten zu können.

Darüber hinaus konnten sich die Universitäts-Absolventen während einer Exkursion zu dänischen und deutschen Kultureinrichtungen in Flensburg und Apenrade ein Bild von Situation und Wirken der jeweiligen Minderheit vor Ort machen.

Die Seminarteilnehmer – aus den USA, Frankreich, Russland, den Baltischen Staaten und Mitteleuropa – arbeiten während eines sechsmonatigen Praktikums bei Bundestagsabgeordneten in Berlin. Das Programm, das vom Deutschen Bundestag gefördert wird, sieht unter anderem ein Kurzstudium an der Berliner Humboldt- Universität und Seminare bei allen Parteistiftungen vor.

„Diese jungen Menschen sind Edelsteine in den bilateralen Beziehungen zwischen ihren Ländern und Deutschland“, freute sich Dr. Wolfgang Dexheimer, Referatsleiter für internationale Austauschprogramme des Bundestages. Die gewonnenen Erfahrungen nähmen die Nachwuchs-Akademiker mit zurück in ihre Nationen und trügen so zum Verständnis über Deutschland bei.

„Ich habe mit den Deutschen nur gute Erfahrungen gemacht“, erklärte der Litauer Raimundas Pilkis. Allerdings müsse er sein bisheriges Bild insoweit revidieren, als das er festgestellt habe, „dass nicht alle Deutschen ordentlich sind.“ Die Amerikanerin Lelia Hendricks zeigte sich vom deutschen Bildungssystem begeistert. Allerdings ließe der Service stark zu wünschen übrig. Der Workshop war für die Akademiker von großem Interesse. Schließlich, so war man sich einig, habe jedes der teilnehmenden Länder mit Minderheitenproblematiken zu tun.

Flensburger Tageblatt, 29.1.2001

Stellenwert für Minderheit wird nicht verringert

Botschafter Dreher: Beauftragtenlösung für das Grenzland weltweit einmalig

APENRADE (uk) Die Lösung eines Beauftragten der Bundesregierung für die deutsche Minderheit und Kontakte im Grenzland – wahrgenommen durch den ständigen Vertreter des deutschen Botschafters in Kopenhagen, Botschaftsrat 1. Klasse Bernhard Braumann – „ist für die deutsche Außenpolitik weltweit einmalig“, hat Botschafter Johann Dreher gestern in Apenrade erklärt. „Der Stellenwert der Minderheitenpolitik bleibt damit weiterhin hervorgehoben; dies ist damit beabsichtigt“, sagte Dreher dem Nordschleswiger.

Gerade weil das deutsche Generalkonsulat Apenrade zum 31. März habe geschlossen werden müssen, „gibt es ein verstärktes Interesse an der Grenzregion, das auf mehrere Schultern verteilt ist. Die Beauftragtenregelung ist nützlich, weil es in der Botschaft“ noch andere als allein den Botschafter gibt, „die sich mit Nordschleswig beschäftigen“: Braumann, Kulturreferent und einer von dessen Mitarbeitern, sagte der Botschafter im Rahmen seines Abschiedsbesuchs, der ihn zu Amtsbürgermeister Carl Holst, Stiftamtmann Ole Perch Nielsen und zu einem Gespräch ins Deutsche Generalsekretariat in Apenrade führte, wo BdN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen den Botschafter über die aktuelle Haushaltslage der Volksgruppe unterrichtete. Ein Empfang des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) schloss sich an.

„Es gibt heute keine bilateralen Probleme, die beide Länder allein betreffen“, sagte Dreher. Deutschland und Dänemark hätten aber „unterschiedliche Auffassungen im Blick auf die Entwicklung der EU“.

In seiner Zeit als deutscher Botschafter in Kopenhagen seit Februar 1997 habe er sich „als Mensch willkommen gefühlt“, resümierte Dreher, der voraussichtlich Ende Juni die Botschaft verlässt und in den Ruhestand tritt. „Als deutscher Botschafter braucht man“ in Dänemark „schon lange nichts mehr zu erreichen“, meinte Dreher – im Unterschied zu Diplomaten aus beispielsweise Slowakei, Slowenien, Ungarn, die ihre Staaten im diplomatischen Umfeld in Dänemark erst zu positionieren haben.

„Die deutsche Außenpolitik bemüht sich seit Jahrzehnten insbesondere, mit ihren Nachbarn auszukommen und auf ihre Probleme Rücksicht zu nehmen“, betonte der Botschafter. Dafür sei der fünfständige Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen im Vorfeld des EU-Gipfels in Nizza ein Beispiel; ebenso der erste Besuch von Außenminister Mogens Lykketoft nach Amtsantritt bei seinem Kollegen Joschka Fischer in Berlin. Fischer selbst habe bei mindestens drei Besuchen in Dänemark „mit keinem anderen Kollegen“ so viele Gespräche geführt wie mit Lykketoft-Vorgänger Niels Helveg Petersen.

Der Nordschleswiger, 30.1.2001

Zweiter Runder Tisch für Minderheiten in der Region

Das „European Centre for Minority Issues“ (ECMI) in Flensburg hat am 29. Januar 2001 das zweite Treffen am runden Tisch abgehalten. Wie schon beim ersten Treffen im September letzten Jahres, erschienen wieder zahlreiche Vertreter der dänischen Minderheit, der deutschen Minderheit in Dänemark, der Friesen sowie der Sinti und Roma. Unter den Teilnehmern konnten u.a. die Landtagsabgeordnete des SSW, Frau Anke Spoorendonk, die Leiterin des Minderheitenreferates im Landtag, Frau Schmidt-Holländer, sowie der Direktor des Institutes für Grenzregionforschung in Apenrade, Herr Dr. Jørgen Kühl, begrüßt werden. Auch das Arbeitsamt Flensburg war vertreten durch seine beiden EURES-Berater, Herrn Hugo Stöbe und Herrn Tom Zielasko.

Die Beschäftigung mit Nationalitäten- und Ethnizitätenkonflikten in Gebieten wie dem Kosovo, Mazedonien oder dem Baltikum ist das Hauptaufgabenfeld des Centre. In diesem Sinne sind die Treffen am runden Tisch als die Ausnahme zu sehen, die die Regel bestätigt. Ziel des Treffens war es, Form und Inhalt des etwa 80-seitigen Bandes über die Grenzregion zu diskutieren, der voraussichtlich im Juni 2001 erscheinen wird. In dieser Publikation sollen sowohl die Erfahrungen der Minderheiten selbst als auch die neuesten Entwicklungen der grenzüberschreitenden Kooperation Sønderjylland/Schleswig dargelegt werden. Der runde Tisch verlief in guter Atmosphäre, es herrschte breite Einigkeit darüber, dass die Erfahrungen der deutsch-dänischen Grenzregion Lesern an den vielen Brennpunkten Europas als Inspirationsquelle zu neuen Modellen der Konfliktlösung dienen könnten. Man einigte sich auf die Durchführung eines dritten Treffens Ende Mai, wenn die Beiträge der verschiedenen Minderheiten durch die mit dem Projekt betrauten Mitarbeiter des ECMI, Herrn Graham Holliday aus Cambridge und Frau Andrea Teebken aus Schleswig, zusammengetragen und ausgewertet sind.

European Centre for Minority Issues, 1.2.2001